

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnement - Preis halbjährlich 2.50 RM., monatlich 1.10 RM., wöchentlich 28 Pf., frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1.10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2.50 Mark, für das übrige Ausland 4 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Ercheint täglich.

Die Inserions-Gebühr

beträgt für die sechsgehaltene Kolonnenzeile über deren Raum 60 Pf. für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Veranlassungs-Anzeigen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das festgedruckte Wort 20 Pf. (zulässig 2 festgedruckte Worte), jedes weitere Wort 10 Pf. Stellengelüste und Stellenanzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Donnerstag, den 26. Juni 1913.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

Das „Opfer“ von 1913.

Der Reichstag steht jetzt vor dem dicken Ende der militärischen Ueberforderung, die ihm die sich selbst überstürzende Rüstungstreibererei im Anfang dieses Jahres bereitet hat. Nachdem die eigentlichen militärischen Forderungen in zweiter Lesung von der bürgerlichen Mehrheit bewilligt worden sind, ist nun die brenzliche Frage zu entscheiden: wer soll den ganzen Kist bezahlen? Ueber die Bereitwilligkeit der bürgerlichen Parteien von Westarp bis Gothein, der Regierung die neue Aufrüstung zuzugestehen, bestand leider von vornherein kein Zweifel. Wenn es sich um die Interessen des Kapitals und der imperialistischen Unersättlichkeit handelt, dann schwenkt auch der linke Flügel der Fortschrittspartei gehorlich und egerziernmäßig ein, wie in der Mittwochsitzung in einem anderen Zusammenhange die Haltung Gotheins augenfällig bewies.

Dagegen bestanden bei den bürgerlichen Parteien von Anfang an und bis zuletzt die größten Meinungsverschiedenheiten über die Art der Deckung. Bewilligen wollten sie, aber — aus den Taschen anderer! Und da es dieses Mal, ein Opferjahr, nicht gut anging, wieder wie sonst direkt und ungeniert in die Taschen der breiten Massen des Volkes zu greifen, weil dieses Mal endlich auch die Wohlhabenden, wenn auch ungern und mit allen Vorbehaltmaßnahmen, zur Deckung herangezogen werden mußten, so war die Verwirrung und Ratlosigkeit auf der rechten wie auf der linken Seite des bürgerlichen Blocks groß und zeitweise so arg, daß die Sozialdemokraten als die lachenden Dritten ihre helle Freude daran haben konnten. Schien es doch mehr als einmal, als ob der gordische Knoten nur durch den Schwertstich einer Reichstagsauflösung gelöst werden könnte, eine Lösung, mit der wiederum wir Sozialdemokraten am meisten zufrieden gewesen wären.

Aber die düsteren Wolken am parlamentarischen Himmel haben sich verzogen. Kein Mensch denkt heute noch an eine Reichstagsauflösung und kein Mensch zweifelt noch daran, daß auch die Deckungsvorlagen in wenigen Tagen verabschiedet sein werden. Die bürgerliche Mehrheit ist sich einig geworden: man hat die dringende Mahnung Bethmann Hollwegs, endlich zum „Handeln“ zu kommen, ganz richtig als eine verächtliche Aufforderung zum Nicht-Handeln aufgefaßt. Unter vorsichtiger Ausschaltung der Sozialdemokratie hat man hinter den Kulissen noch Einigungsformeln gesucht. Hier hat man gegeben etwas nach, dort hat man gegeben etwas nach, die zurzeit gefürchtetsten Hoff- und Ruhändler der Geschäftshuberei des bürgerlichen Parlamentarismus sind unermüdet an der Arbeit gewesen, und so ist es schließlich gelungen, Vor schläge zusammenzufassend, für die alle bürgerlichen Parteien stimmen werden, so daß die Sozialdemokratie mit ihrer Stimmenmacht für die Deckungsvorlagen gar nicht mehr in Rechnung gestellt zu werden braucht. Die Sozialdemokratie befindet sich äußerlich und formell wieder in der glänzenden Position, die das besondere Kennzeichen ihrer parlamentarischen Stellung ist, die sie aber nicht etwa zu bedauern hat, sondern der sie bisher ihre dauernden genialen Erfolge verdankt, und mit der sie auch noch zahlreiche Erfolge in Zukunft erringen wird.

Denn — darauf hat unser Fraktionsredner, der am Mittwoch in der Generaldebatte über den Wehrbeitrag sprach, Genosse David, mit Zug und Recht und mit berechtigtem Spott hingewiesen: hat man die Sozialdemokratie auch formell „ausgeschaltet“, so war sie in Wirklichkeit doch mitten unter den Ruhändlern, allerdings nicht um mit zu „handeln“, sondern als die drohende Barnerin, als das Schwert des Damokles. „Die Vorlage hat ihr jetziges Gesicht wesentlich durch den Druck der 4 1/2 Millionen sozialdemokratischer Wähler und der 110 sozialdemokratischen Abgeordneten bekommen. Die sozialdemokratischen Wähler vom vorigen Jahre können sich sagen, daß sie mit dieser Regelung einen großen Erfolg ihres Willens zu verzeichnen haben.“ Genosse David zeichnete dann dieses Gesicht mit einigen scharfen Strichen. Die Regierung ist endlich gezwungen worden, den Weg der direkten Reichsteuern zu beschreiten, und wenn sie hundertmal ängstlich und bekümmert ausruft: einmal und nicht wieder — die Logik der Dinge ist stärker als die vorfinglichen Verwahrungen irgendeines erbemeren Reichstagssekretärs.

Wenn man die sozialdemokratische Fraktion auch an dem Ruhhandelsgeschäft hat ausschließen können — zu ihrer Ehre und zu ihrem Stolz —, so kann man sie doch nicht von den öffentlichen Verhandlungen des Reichstags ausschließen. Und hier, im hellen Lichte der Plenarsitzungen, wird die Sozialdemokratie auch zum Wehrbeitrag sagen, was zu sagen ist, wird sie nachweisen, wie auch bei diesem „Volksopfer“ wieder mit allen Mitteln danach gestrebt worden ist, die starken Schultern möglichst zu schonen und die weniger starken und schwachen Schultern heranzuziehen. In der Mittwochsitzung hatten die Genossen David, Emmel, Baum und Südekum diese dankbare Aufgabe zu erfüllen.

Wir haben den Antrag gestellt, auch die Schwachen im Werte von über 1000 Mark mit zum Vermögen zu rechnen und zum Wehrbeitrag heranzuziehen. Selbstverständlich wird jeder vernünftige Mensch sagen. Gerade der teure, überflüssige Schwach darf und muß sich gefallen lassen, daß er „auf dem Altar des Vaterlandes“ ein Opfer sein

niedergelegt. Aber die bürgerliche Mehrheit stimmte den Antrag nieder!

Wir haben beantragt, die ungeheuren Schätze der toten Hand, der Kirche, wenigstens soweit mit heranzuziehen, als es schon in den Bundesstaaten geschieht. Das kirchliche Vermögen, das zu den eigentlichen kirchlichen Zwecken und zu wohltätigen Zwecken benutzt wird, soll unbesteuert bleiben. Aber selbstverständlich wird wiederum jeder vernünftige Mensch sagen, warum sollen die riesigen Vermögen der Kirche nicht zum Wehrbeitrag beitragen. Die bürgerliche Mehrheit aber stimmt den sozialdemokratischen Antrag nieder.

Die sozialdemokratische Fraktion verlangt eine Besteuerungsart, wie sie in der ersten Lesung der Budgetkommission beschloffen worden war und durch die die kleineren Einkommen auf Kosten der höheren geringer belastet werden sollten. So ist es recht, wird vor allen Dingen jeder kleine Mann aus dem Mittelstande sagen, der es für recht hält, daß die Rieseneinkommen mit erheblich höheren Prozentsätzen gepackt werden als die kleinen Einkommen, und der nicht verstehen kann, warum — dank dem Kuhhandel! — in der zweiten Lesung der Budgetkommission eine Verschlechterung beschloffen worden ist. Die bürgerliche Mehrheit aber stimmt die sozialdemokratischen Anträge nieder.

Wir werden auch im weiteren Verlaufe der Beratungen über die Deckung die bürgerliche Mehrheit des Reichstags vor ähnliche Entscheidungen stellen. Wir sind nicht im Zweifel, wie die breite Masse des Volkes diese Ablehnung aller sozialdemokratischen Verbesserungsanträge beurteilen wird.

Bevor der Reichstag am Mittwoch an den Wehrbeitrag kam, hatte er einige Gesetzesvorlagen, zum Teil in dritter Lesung, zu erledigen.

Das Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz hat die sozialdemokratische Fraktion abgelehnt, sie hat es ablehnen müssen, weil auch hierbei wieder alle sozialdemokratischen Anträge, die aus einer mangelhaften und teilweise gefährlichen Gesetzesvorlage ein brauchbares Gesetz machen wollten, abgelehnt worden sind. Unsere Genossen Landsberg, Bernstein und Quard haben mit den besten Gründen die Notwendigkeit unserer Anträge dargelegt. Aber sie redeten vor tauben Ohren.

Bei der ersten Beratung eines Abkommens zur internationalen Vereinheitlichung des Wechselrechts konnte unser Redner Gen. Landsberg im allgemeinen die Zustimmung unserer Fraktion zu solchen internationalen Verträgen aussprechen. Für friedliche Kulturarbeit der Völker unter- und miteinander wird die Sozialdemokratie stets zu haben sein.

Der Gesetzesentwurf über die Entschädigung der Schöffen und Geschworenen wurde in dritter Lesung debattelos angenommen.

Das badische Wahlabkommen.

Aus Baden wird uns geschrieben: Das badische Abkommen hat folgenden Wortlaut:

Zwischen den Vertretern der Nationalliberalen Partei, der Fortschrittlichen Volkspartei und der Sozialdemokratischen Partei wird heute folgendes vereinbart:

1. Die Vertreter der drei genannten Parteien sind darüber einig, daß bei den im Herbst 1913 stattfindenden Landtagswahlen zur Abwehr einer drohenden Liberal-konservativen Mehrheit ein Großabkommen für den 2. Wahlgang abgeschlossen werden muß.

2. Um dies zu ermöglichen und vorzubereiten, werden die Nationalliberalen und die Fortschrittliche Volkspartei in folgenden Kreisen selbständige Kandidaturen für den ersten Wahlgang aufstellen:

- 27. Kreis, Lahr-Stadt
- 56. Kreis, Schwellingen
- 67. Kreis, Mannheim-Schwellingen
- 65. Kreis, Heidelberg-Biesloch
- 68. Kreis, Heidelberg-Eberbach

3. Die Vertreter der drei genannten Parteien verpflichten sich, auf den 22. Juni ihre Landesversammlungen abzuhalten und diesen die Genehmigung dieses Abkommens vorzuschlagen.

Zuerst war bekanntlich angeregt worden, einen Großblock schon für den ersten Wahlgang abzuschließen, wobei die Parteien sich gegenseitig ihren Bestehenden garantieren sollten. Dieser Großblock kam nicht zustande. Wir haben den Gedanken abgewiesen,“ erklärte der nationalliberale Führer Dr. Rebmann in Karlsruhe. Dafür kam dann das Kleinblockabkommen, wonach Nationalliberale und Fortschrittler — mit Ausnahme der Mannheimer Mandate — sich gegenseitig keine Konkurrenz machen wollten. Den Nationalliberalen wurden 52 und den Fortschrittlichen 16 Kreise zugeteilt, in denen sie Kandidaturen aufstellen sollten. Damit würde die „Bakertaktik“, die darauf hinausgeht, den Liberalen im ersten Wahlgang sozialdemokratische Siege zuzuschlagen, um ein Großblockabkommen beim zweiten Wahlgang so gut wie unmöglich zu machen, nicht vereitelt werden. Dieses Kleinblockabkommen richtete keine Spitze gegen die Sozialdemokraten. Die Liberalen wollten die Hilfe der Schwarzblauen im ersten Wahlgang gegen uns und waren noch genug anzunehmen, daß wir im zweiten Wahlgang ihre gefährdeten Kreise dennoch retten würden. Erst als sie durch unseren

Widerspruch einsehen gelernt hatten, daß die sozialdemokratischen Wähler unter diesen Umständen für die Kandidaten des Kleinblocks nicht zu haben sein würden, wurden neue Verhandlungen angebahnt, die zu dem genannten Ergebnis geführt haben. Der Kleinblock bleibt bestehen mit der Modifikation, daß in den genannten fünf Kreisen ebenso wie in den fünf Mannheimer Kreisen sowohl die Nationalliberalen wie die Fortschrittler eigene Kandidaten aufstellen werden.

Man kann hier die Frage aufwerfen, was die Sozialdemokratie eigentlich mit der jetzt beschloffenen Erweiterung des Kleinblocks zu tun hat, denn sie ist dabei ja nicht aktiv beteiligt! Sie stellt nach wie vor in allen 73 Wahlkreisen eigene Kandidaten auf und führt somit den Kampf gegen alle bürgerlichen Parteien.

Der Nationalliberale Führer Dr. Rebmann hat hierauf die Antwort gegeben: „Wir, d. h. die Nationalliberalen, gehen in der Hauptwahl mit den Fortschrittlichen zusammen und nach den Hauptwahlen treffen wir ein Abkommen mit den Sozialdemokraten.“

Das ist es, worauf es ankommt! Die Großblockparteien haben durch dieses revidierte Kleinblockabkommen das Großblockabkommen für den zweiten Wahlgang vorbereitet. Sie haben die Hände frei und werden voraussichtlich in derselben Weise wie 1905 und 1909 den Stichwahlkampf gegen die Schwarzblauen führen.

Wenn man die Dinge so beurteilt, wie sie hier wirklich liegen, so versteht man auch, daß auf unserem Landesparteitag nach dem Referat des Genossen Dr. Frank das Abkommen ohne Debatte ausgebehalten wurde.

Das Gefechtsfeld ist jetzt klar, wir sind in unserer Agitation nicht gehemmt und können unsere Stimmen zählen, was bei einem Großblockabkommen im ersten Wahlgang nicht der Fall gewesen wäre.

Das Landprogramm der englischen Arbeiterpartei.

London, 23. Juni. (Fig. Ver.) Alle politischen Parteien Englands beschäftigen sich zurzeit eingehend mit der Agrarfrage, die durch die politische Entwicklung des Landes immer mehr in den Mittelpunkt der Politik geschoben wird. Die Liberalen drängt das politische Erwachen des städtischen Proletariats aufs Land, wo sie um die Gunst der Pächter und Landarbeiter buhlen. Die Konservativen suchen sich naturgemäß zu verteidigen und machen der Landbevölkerung Versprechungen. Die Arbeiterpartei ihrerseits will das zurückgebliebene ländliche Proletariat organisieren und heben und versucht vor allen Dingen, die Landarbeiter zuerst auf einen Kulturstand zu bringen, auf dem sie der Organisation fähig sind. Dazu kommt, daß die erschreckend große Auswanderung, namentlich vom Lande, allgemeine Befürchtungen hervorgerufen hat, so daß sich heute eine außergewöhnlich große Zahl Leute mit dem Problem beschäftigt, wie dieser Menschenverlust (im Jahre 1911 wanderten aus Großbritannien über 261 000 Menschen aus!) verhindert werden könnte.

Die Arbeiterpartei setzte vor einiger Zeit ein Komitee ein, das ein Agrarprogramm entwerfen sollte. Dieses Komitee hat nunmehr einen vorläufigen Bericht erstattet. Es werden verschiedene Palliativmittel vorgeschlagen. So die Einführung eines Mindestlohns für Landarbeiter auf dem Wege der Lohnämter, wie sie von dem Gesetz des Jahres 1907 errichtet wurden. Man hofft, daß wenigstens die jüngere Generation hierdurch der Organisation gewonnen werden wird. Die Arbeiterpartei soll ein Mindestlohngesetz für Landarbeiter im Parlament einbringen, das auch Bestimmungen über die Arbeitszeit enthalten muß. Die Arbeitszeit soll nicht mehr als 50 Stunden die Woche betragen, und zwar soll an 5 Tagen 9 Stunden und an einem Tage nur 3 Stunden gearbeitet werden; der Landarbeiter soll demnach wie der englische Industriearbeiter einen halben freien Tag in der Woche haben. Um den Pächtern zu ermöglichen, bessere Löhne zu zahlen, sollen Gerichtshöfe zur Festsetzung gerechter Pächten eingeführt werden, die sich schon in Schottland ziemlich gut bewährt haben sollen. Der Gedanke entspringt wohl unmittelbar den jüngsten Entwicklungen in der Gesetzgebung. In diesem Jahre hat das Parlament zum Beispiel den Eisenbahngesellschaften erlaubt, ihre Tarife zu erhöhen, weil sie die Arbeitsverhältnisse ihrer Angestellten auf Wunsch des Parlaments verbessert haben. Deshalb sollte die Gesetzgebung deshalb nicht eingreifen, um die Pächten herabzusetzen, damit die Pächter den Arbeitern bessere Löhne zahlen können? Der Wohnungsnot auf dem Lande soll vorderhand auf staatlichem Wege abgeholfen werden; der Staat soll Gemeinden Zuschüsse gewähren, damit diese Arbeiterwohnungen bauen. Das Gesetz des Jahres 1907 über die Schaffung von kleinen Pachtgütern, die im Besitze der Gemeinden verbleiben, soll ausgedehnt und seine Anwendung erleichtert werden. Ferner müssen ländliche Kreditanstalten errichtet und das Genossenschaftswesen muß vom Ackerbaumministerium gefördert werden.

Der Bericht schließt mit den Worten: „Diese Vorschläge sollen keine vollständige Lösung der agrarischen Probleme sein. Sie sollen praktische Vorschläge sein, die sofort angewendet werden können. Man gebe dem Landarbeiter einen Lohn, von dem er leben kann, ein gutes Haus und eine leichte Gelegenheit, eine Parzelle zu erlangen und zu bebauen, und man wird, wie wir glauben, wesentlich dazu beigetragen haben, der Abwanderung in die Städte und ins Ausland Einhalt zu gebieten. Dadurch wird der Kampf um Arbeit in den Städten erleichtert werden, und die Auswanderungsziffern, die jetzt eine erschreckende Größe erreichen,

werden berrigert werden. Die Ausführung dieser einzelnen Vor- schläge würde nach unserer Ansicht bei der ländlichen Bevölkerung neue Hoffnung erwecken und ihre die Aussicht auf Sicherheit und Besserung ihrer Lage geben, was viel zu jener ländlichen Wieder- geburt beitragen würde, die so allgemein als wesentlich für die Besserstellung der nationalen Arbeit und den vollen Lebensgenuss der Nation betrachtet wird."

Politische Uebersicht.

Die Junker bereiten einen Kaiserbesuch vor.

Wie richtig wir die nord-schleswigschen Katastrophen ein- geschätzt hatten, als wir an dieser Stelle das brutale Landungsverbot gegen einen dänischen Touristen- dämpfer als eine nach Dänemark hinübergeworfene Bombe bezeichneten, die den Besuch Wilhelms II. in Kopenhagen vorbereiten sollte, ergibt sich nunmehr täglich mit wachsender Klarheit aus der nord-schleswigschen Situation.

In den anonymen Korrespondenzzentralen, in denen in Nord-schleswig die verfluchten katartischen Lügen hergesteuert werden, die dem deutschen Volk den haarsträubenden Unsum einreden sollen, daß das keine demokratische Däne- marck, das soeben ein rabiales antimilitarisches Mini- sterium gebildet hat, ein finsterner Verschwärterstaat gegen den europäischen Frieden sei — in diesen anonymen Zentralen wird augenblicklich mit Hochdruck gearbeitet. Immer wieder werden ganze Schwärme von Heerartikeln auf die Presse vom Schlage der „Post“ losgelassen, in denen gelegentlich mit einiger Unvorsichtigkeit darüber gestöhnt wird, daß das Verhältnis zwischen Deutschland und Dänemark „noch immer“ (ach, ja! ach, ja!) ein freundliches sei. Und während so die anonymen Korrespondenten des Katatismus ihre Maul- wurfsarbeit betreiben, um den Boden für eine deutsch- dänische Verständigung zu unterwühlen, sind auch die katartischen Lokalbehörden in Nord-schleswig keineswegs müßig.

In Grabenstein ist ein Tischlergeselle Kunde aus- gewiesen worden, weil er in der Zeit der letzten Landtags- wahlen eine politische Versammlung besucht hatte. Kunde hat zwanzig Jahre innerhalb der deutschen Grenzen gewohnt und muß nun aus einem so wichtigen Grunde das Land verlassen.

In Scherrebek hat der Amtsvorsteher Erichsen einen „Heimatlosen“ aufgefordert, sich innerhalb 8 Tagen bei den dänischen Aushebungsbehörden zu melden, widrigen- falls er ausgewiesen werden würde. Es ist an sich ja rührend, daß ein preussischer Amtsvorsteher auf diese Weise für das Heer des „feindlichen“ Dänemarks sorgt, es liegt aber leider eine sehr niedrige Absicht dahinter. Wenn der Heimatlose sich „freiwillig“ beim dänischen Militär meldet, hofft man offenbar, daß der dänische Staat ihn zum dänischen Staatsbürger macht, und dann kann man ihn per Schub über die Grenze bringen. Mit der Ausweisung eines Heimat- losen hat es nämlich insofern einen Haken, als kein Staat der Erde verpflichtet ist, ihn anzunehmen.

Während so die katartischen Journalisten und Behörden einträchtig damit beschäftigt sind, schmäkende Cir- culanden für die dänischen Ehrenforten zu winden, kommt aus Hofreisen die Meldung, daß der Kaiser am 25. Juli zu einem dreitägigen Besuch in Kopenhagen ein- treffen wird.

Man muß es den Junkern lassen: wenn es sich darum handelt, den Besuchen ihres geliebten Monarchen die Wege zu ebnen, lassen sie es so leicht an nichts fehlen.

Fortschrittliche Konsequenz.

Die „Freisinnige Zeitung“ macht den verzweifeltsten Versuch, die jämmerliche der fortschrittlichen Reichstagsfraktion, die mit tadelscheinigen Gründen unseren Volkstott-Antrag ablehnte, durch unmaße Angriffe zu decken. Sie erfindet die Fabel, die sozialdemo- kratischen Mitglieder der Budgetkommission hätten eingesehen, daß der eigene Antrag, der durch eine gesetzliche Vorschrift den Militär- bogen abschaffen wollte, „absolut unhaltbar sei“ und hätten deshalb für die fortschrittliche Resolution gestimmt, zu deren Einbringung sie selbst anmiert hätten. Im Plenum aber hätten die Sozialdemokraten wieder den Antrag gebracht, „von dessen Un- tauglichkeit sie selbst überzeugt waren“. Eine tollere und dreifachere Enstellung der Wahrheit ist kaum den- kbar, als sie hier von den freisinnigen Herren ge- teilt wird. Die Sozialdemokraten haben in der Kommission sich keineswegs davon überzeugt, daß ihr Antrag „unhaltbar“ oder „untauglich“ sei, sondern haben im Gegenteil in zahlreichen Reden ihren Antrag begründet und aufrechterhalten. Die Gründe unserer Genossen waren so gut und überzeugend, daß die fortschrittlichen Kommissionsmitglieder, nämlich die Herren Götthein, Müller- Reiningen und Piesching, mit unseren Abgeordneten für den sozialdemokratischen Antrag stimmten. Erst als unser Antrag abgelehnt war, stimmten unsere Genossen selbst- verständlich für die fortschrittliche Resolution, die das kleinere Uebel, verglichen mit dem jetzigen Zustande, darstellt. Daß die fort- schrittliche Resolution nur als Eventual-Antrag für den Fall der Ablehnung des sozialdemokratischen, gedacht war, ergibt sich ohne weiteres, wenn man die eigene Abstimmung der fortschrittlichen Herren ins Auge faßt.

Der Kampf gegen den kolonialen Gründungsswindel.

Staatssekretär Dr. Solf hat die dem Kolonialamt beigegebene ständige Kommission dieser Tage zu einer Sitzung einberufen, in der die Frage erörtert wurde, welche Maßnahmen gegen un- solbige koloniale Gründungen zu ergreifen sind. Der Referent im Reichskolonialamt Geh. Regierungsrat Dr. Joepff vertrat in seinem Referat den Standpunkt, daß eine kolonialamtliche Zentral- stelle für die Prüfung der Gründungsbedingungen kolonialer Gesell- schaften geschaffen werden müsse. Diese neue Instanz soll gleich- zeitig die Pflicht haben, Auskünfte aller Art über solche Gründungen zu geben. Den Anstoß zu diesem Vorgehen dürfte die skandalöse Fall der Deutschen Russisch- Baumwollgesellschaft gegeben haben. Im Prospekt dieser Gesellschaft sind direkt falsche Angaben gemacht worden. Erst durch diese falschen Angaben, die einen reichen Ge- winn erhoffen ließen, ist das Publikum veranlaßt worden, Anteile dieser schwindelhaften Gründung zu erwerben. Die Gründer pflegen sich in der Regel der Unterstützung von Leuten zu ver- sichern, von denen sie annehmen, daß sie sich beim Publikum eines ganz besonders guten Rufes erfreuen. Zu den Unterzeichnern des schwindelhaften Prospekts der obengenannten Gesellschaft gehörte auch der Reichsverbandsgeneral v. Liebert, dem im Reichstag nachgewiesen wurde, daß ihm die Unhaltbarkeit der Angaben im Prospekt zu einer Zeit bekannt waren, als es noch möglich gewesen wäre, das deutsche Publikum vor schweren Verlusten zu schützen. Trotzdem hat der Reichsverbandsgeneral nichts getan, um eine Auf- klärung in der breitesten Öffentlichkeit herbeizuführen, und wie bereits früher mitgeteilt, sind nun auch gegen den Herrn v. Liebert

Schadenerfahrungen angestrengt worden. Herr v. Liebert steht natürlich nicht allein, den auch andere seiner Standesange- hörigen haben sich schwindelhaften Gründungen ihre Unterstützung geliehen und es sind leider vielfach gerade solche Kreise, die über große Vermögen nicht verfügen und die sich durch den verprochenen Gewinn belohnen lassen, ihr Geld in solchen oberflächlichen Gründungen anzulegen. Unter diesen Umständen ist es entschieden zu be- grüßen, wenn das Reichskolonialamt endlich eine Instanz schafft, deren Aufgabe es ist, dem kolonialen Gründungsswindel nach Möglichkeit entgegenzutreten.

Bochumer Spitzelwirtschaft.

Der Kriminalkommissar, gegen den der frühere polnische Reichs- tagsabgeordnete Drejski Strafanzeige wegen Anstiftung von An- gestellten zum Diebstahl erstattet hat, erlitt dieser Tage in einem Prozeß gegen ein Mitglied des Arbeiterturnvereins Bochum eine schwere Niederlage. Er hatte am 29. September vorigen Jahres eine Rekrutenabschiedsfeier überwachen lassen und wegen einer an- geblichen Wendung in der Feiansprache Strafanzeige wegen Auf- forderung von Rekruten zum Ungehorsam erstattet. Der Prozeß endete mit Freisprechung, weil alle Zeugen bekundeten, daß der Redner den Rekruten nicht empfohlen habe, sie sollten sich wider- setzen, wenn ein Befehl gegen ihre Ehre verstoße, sondern sie sollten den Befehl zwar ausführen, um einer Bestrafung zu ent- gehen, sich aber dann sofort beschweren. Die Bochumer Spitzel- wirtschaft treibt immer duftendere Blüten.

Wie ein alter Krieger beerdigt wird.

In dem ostpreussischen Dorfe Guchberg verstarb kürzlich ein 71 Jahre alter Veteran, der an den Feldzügen 1864, 1866 und 1870/71 mit Bravour teilgenommen und dafür mehrere Orden und Ehrenzeichen erhalten hat. Er brachte aus den Kriegen auch eine Krankheit mit, die ihn bald zu einem Invaliden machte. Der Veteran mühte daher eine Rente bekommen; im übrigen ernährte er sich und seine Familie dadurch, daß er in einer kaiserlichen Forst den Posten eines Waldaufsehers versah. In den letzten drei Jahren war er so siech, daß er aufs Krankenlager gestürzt war. Als dieser Mann gestorben war, begab sich seine Frau nach dem eineinhalb Meilen entfernten Dorfe Borchertsdorf, um den Pfarrer zu einer Grabrede zu gewinnen. Der Geistliche weigerte sich, diesen Dienst zu versehen, da der verstorbene Krieger ein Trinker gewesen wäre! Dabei hatte er drei Jahre auf dem Krankenlager gelegen. Schließlich ließ er sich doch dazu bewegen, die Rede zu halten. Die Beerdigung wurde auf 3 Uhr nachmittags angelegt. Am letzten Tage vor dem Begräbnis bekam die Witwe vom Pfarrer eine Karte, auf der er sie ersuchte, mit der Leiche schon um 1/2, spätestens aber um 1 Uhr mittags zu er- scheinen, da er sonst verhindert sei, und der Herr Kantor allein die Beerdigung vollziehen müßte. Der Begräbnistermin ließ sich nicht mehr verlegen, und so kam denn der Herr Kantor, um die Rede zu halten. Die Witwe des Verstorbenen machte ihm dar- auf aufmerksam, daß ihr Mann, ein alter Krieger, beerdigt würde. Der Herr Kantor muß das aber überhört haben, denn in seiner Rede am Grabe sprach er nur von „der lieben Mit- schwester“, die begraben wurde. Er hielt die Leiche für eine Frau; wahrscheinlich hat ihn der Pfarrer falsch informiert. Die Empörung der Teilnehmer an dem Begräbnis war natürlich groß, als der Herr Kantor fortgesetzt von der „lieben Mit- schwester“ sprach. Schließlich konnte sich die Frau eines Sohnes des Verstorbenen vor Entrüstung nicht mehr halten. Ritten in der Rede des Kantors stieß sie die Worte heraus: „Aber es ist doch ein Mann!“, worauf der Kantor nach einigen Sähen die Rede abbrach. So wird in Ostpreußen ein alter Kriegsveteran beerdigt, der in drei Kriegen fürs Vaterland gekämpft hat.

Bülow unter den Bülow's.

Die bürgerliche Presse druckt mit großem Behagen eine Plau- derei ab, in der sich der von den Schwarzblauen abgefägte vierze- Kungler vor dem Familientag der Bülow's in allerhand Lobpreisun- gen seiner unterschiedlichen Vorfahren gefallen hat. Bismarck habe, als er, Bernhard v. Bülow, in den auswärtigen Dienst übernommen werden sollte, auf eine Frage freundlich erwidert: „Von der Sorte können wir nicht genug bekommen.“ Das zeugt nicht gerade von einer übermäßigen Veranschöpfung, die Bismarck für die Bülow's empfand. Wertschätzung war es, wenn der erste Napoleon vom Marschall Moskowa sagte: „Hätte ich zwei von der Sorte, so würde ich einen erschießen lassen. Aber einen brauche ich.“ Doch eine Sorte, die der man nicht genug bekommen kann, ist Mittelsorte — zwölf auf ein Duzend, fünf Duzend ein Schod.

Uebrigens hat Bernhard v. Bülow von seinen „berühmten“ Vorfahren in der Familientage eine ausgelassen. Der liegt auf dem Friedhof zu Doberan begraben und auf seinem Grabstein steht das Bekenntnis:

„Ich bin ein medelborgischer Edelmann.

Wat geht den Däbel min Supen an!“

Darüber ein Kreuz, aber kein blaues. Prost!

In der Kaserne zu Tode geschunden.

Der tuberkulöse Mann Eberhardt vom württembergischen Infanterieregiment Nr. 19 wurde wegen angeblicher Unvorsichtigkeit zum Straferzieren kommandiert. Beim Gewehrgriffübungen riß ihm der Unteroffizier Kroll den Karabiner aus den Händen, schlug ihm mit dem Kolben derart auf den Kopf, daß der Tschopla in Stücke ging und Bluterguß aus Mund und Nase erfolgte. Beim Racheerzieren, wobei abwechselnd liegend und laufend Schießübungen zu machen waren, mußte sich der Mann in Regenpfützen legen, so daß er völlig durchnäßt und beschmüht heimkam. Der Unteroffizier hielt dies für das beste Mittel, die Leute vor dem Schlappwerden zu bewahren. Der Soldat ist vor der Hauptverhandlung gestorben. Die Sachverständigen ergutachten gaben zu, daß der Tod des Soldaten durch die Ueberanstrengungen und Mißhandlungen beschleunigt worden ist. Der Unteroffizier erhielt für seine Brutalität am Dienstag vom Kriegsgericht der 7. Division Ulm die gelinde Strafe von 2 Monaten Gefängnis.

Das ist natürlich auch nur „ein bedauerlicher Einzelfall“. Herr v. Heeringen wird nach wie vor sein Sprüchlein von der „wohlwollenden und gerechten Behandlung“, die allen deutschen Soldaten zuteil wird, herfagen.

Die neue Balkankrise.

Nach unkontrollierbaren Meldungen sollen sowohl in Sofia wie in Belgrad Anzeichen einer gewissen Nachgiebig- keit vorhanden sein. Es ist auch anzunehmen, daß die russi- schen Diplomaten im stillen alle Anstrengungen machen, die feindlichen Brüder zur Teilnahme an der Petersburger Kon- ferenz zu bewegen. Solange aber die Truppenverschiebun- gen anhalten und die gegenseitige Erbitterung sich in Zu- sammenstößen äußert, bleibt die Lage ernst und gefahr- drohend.

Optimistische Auffassung in London.

London, 25. Juni. Wie das Reuter'sche Bureau erfährt, kann die Gefahr eines Krieges zwischen Bulgarien und Ser- bien jetzt als beseitigt angesehen werden. Es ist zwar noch

keineswegs sicher, daß Serbien das Schiedsgericht des Kaisers von Rußland über die bestehenden Meinungsverschiedenheiten bedingungslos annimmt, jedoch sind hinreichend bestimmte Zusicherungen abgegeben worden, so daß man den Ausgang der bevorstehenden Verhandlungen mit Zuversicht entgegen- sehen kann. Man hat Grund zu glauben, daß Serbien ebenso wie Bulgarien der Aufforderung Rußlands nachkom- men wird, seine Forderungen in einer besonderen Denkschrift darzulegen, wenn es dies nicht etwa schon getan hat.

Ein erster serbisch-bulgarischer Zusammenstoß.

Belgrad, 25. Juni. Wie dem Pressebureau gemeldet wird, haben bulgarische Truppen in großer Zahl heute nacht um 1 Uhr die serbischen Truppen bei Zlatowo und Ratskowitz ohne jede Ver- anlassung angegriffen. Der Kampf dauerte heute mittag noch an.

Die serbische Ministerkrise.

Belgrad, 25. Juni. Nach Mitteilung von maßgebender Stelle wird die Lösung der Ministerkrise erst erfolgen, nach- dem die morgen zusammentretende Stupischina zu der schwebenden Frage Stellung genommen haben wird. — Der montenegrinische Ministerpräsident Bulotitsch ist hier ein- getroffen.

Weitere Verurteilungen in Konstantinopel.

Konstantinopel, 25. Juni. In dem Prozeß wegen Ermordung Mahmud Schewket Paschas sind Hauptmann Adil und Emin zu lebenslänglichem Festungsarrest und drei Personen zu fünfzehn- jähriger Zwangsarbeit verurteilt, sieben andere, darunter Oberst Kemal, freigesprochen worden.

Die internationale Finanzkommission.

Paris, 25. Juni. Das Subkomitee für Geldforderungen und Geldreklamationen der Internationalen Finanzkommission hörte heute eine ausführliche Auseinandersetzung der Vertreter Mo- ntenegro über die genaue Feststellung der Ausdehnung ihrer Kom- petenz. Das Subkomitee für Konzessionen und Kontrakte hat die Prüfung der ihm vorgelegten Dokumente begonnen.

England.

Arbeiterpartei und Liberalismus.

London, 23. Juni. (Eig. Ber.) Eine eigenartige Situation ist durch den Tod des liberalen Parlamentarier Leicesters ent- standen. Leicester ist eine der wenigen Städte Englands, die das Recht haben, zwei Vertreter in das Parlament zu schicken. Von den vierzig Arbeiterparteilern im Parlament vertreten elf gemeinschaftlich mit einem Liberalen derartige Wahlkreise. Der Arbeitervertreter Leicesters ist Macdonald, der Vorsitzende der parla- mentarischen Fraktion. Bei der Erledigung des einen (liberalen) Mandats entstand nun die Frage, ob die Arbeiterpartei versuchen sollte, auch dieses Mandat zu erobern. Die Mitglieder der Arbeiter- partei und der J. L. P. in Leicester waren dafür, daß man einen eigenen Kandidaten aufstelle. Sie brachten den Genossen Barton, der zu den Kandidaten der Stadt zählt, in Vorschlag. Doch das Parla- mentarische Komitee des Vorstandes der J. L. P. beschloß, vorwiegend aus finanziellen Gründen, an der Nachwahl mit einem eigenen Kandidaten nicht teilzunehmen. Auch die Arbeiterpartei sah von einer Kandidatur ab. Wie der Haupteinleitende der Arbeiterpartei Roberts erklärt, ist die Arbeiterpartei gegen den Versuch, beide Mandate in einem Wahlkreis mit doppelter Vertretung zu erobern, es sei denn, daß sie der Unterstützung durch die überwältigende Mehrheit der Wähler sicher sei. Die letzten Nachwahlen hätten der Partei keinen Grund zur Annahme gegeben, daß sie zu den zweiten Mandaten berechtigt sei. Gleich nach dem Bekannt- werden des Beschlusses traten die der Arbeiterpartei nicht an- geschlossenen Sozialisten (S. S. P.) zusammen und stellten nach Beratung mit der Arbeiterpartei von Leicester, die über die Stellung- nahme des Parteivorstandes sehr ungehalten war, einen eigenen Kandidaten in der Person des Genossen Hartley auf. Diese Vor- fälle verdienen besondere Beachtung, da sie eine in englischen Parteikreisen viel diskutiertere Frage aufwerfen. Von der S. S. P. wurde der Arbeiterpartei bisher stets vorgeworfen, daß sie keine unabhängige Partei sei, daß sie zu den Liberalen in einem Abhängigkeitsverhältnis stehe; in den Wahlkreisen mit doppelter Vertretung, wo die Arbeiterparteilern und Liberalen nebeneinander gegen die konservativen Kämpfer, komme dies deutlich zum Ausdruck. Kamenlich Leicester, wo der Arbeitervertreter der Vorsitzende der parlamentarischen Fraktion ist, ist als Beispiel heran- gezogen worden. Es hieß, daß der Vorsitzende der Partei mit liberalen Stimmen gewählt sei, daß er deshalb nicht gegen die Liberalen ernsthaft auftreten könne, daß man es nicht wagen dürfe, in Leicester einen zweiten Arbeiter- kandidaten außer ihm aufzustellen. Auf der anderen Seite wird erklärt, daß die Abhängigkeit der Liberalen von der Arbeiterpartei in diesen Wahlkreisen nicht minder groß ist als die Abhängigkeit der Arbeiterpartei von den Liberalen; denn auch die Liberalen könnten gegen den Willen der Arbeiterpartei ihre Mandate in diesen Städten nicht behaupten. Es scheint, daß ein beträchtlicher Teil der Arbeiterparteilern Leicesters die Kandidatur Hartleys unterstützt, so daß man auf gespannte Beziehungen zwischen den Liberalen und der Arbeiterpartei gefaßt sein muß, wenn der Liberale in der Nachwahl unterliegen sollte.

Verurteilung eines deutschen Spions.

Windsor, 25. Juni. Der deutsche Jahntechniker William Klare stand heute vor den Geschworenen unter der Anklage, sich ein geheimes Flottenbuch der Werft von Portsmouth verschafft zu haben. Der Angeklagte erklärte, daß er nicht schuldig sei; er wurde jedoch für schuldig befunden und zu fünf Jahren Zuch- haus verurteilt.

Frankreich.

Ausnahmebestimmungen zur dreijährigen Dienstzeit.

Paris, 25. Juni. Die Heereskommission der Kammer stimmte heute vormittag dem neuen Bericht Bates über die dreijährige Dienstzeit zu, nach welchem es durch Abschaffung der Ueberschussziffer von acht auf sechs Prozent möglich sein wird, von der Jahresklasse 1913 und den folgenden jährlich 40 000 Mann schon nach zweijährigem Dienste zu entlassen.

Die Beratung des Gesetzes über die dreijährige Dienstzeit.

Paris, 25. Juni. Die Kammer schloß nach einer längeren Geschäftsordnungsdebatte die Debatte über die Militärvorlage fort. Paté verlas den ergänzenden Bericht, der entsprechend dem gestern vormittag in der Kammer ausgesprochenen Wunsche verfaßt worden ist. Fast alle Zahlen sind die gleichen wie diejenigen des ur- sprünglichen Berichtes. Die Gesamtstärke beträgt 672 835 Mann, von denen 20 000 Mann für Rekonvaleszenten vorgesehen sind. Für die Einstellung werden 711 329 Mann angefaßt. Der Unterschied zwischen der in dem Bericht genannten Effektstärke und der vom Generalstabe berechneten, beträgt nur 1455 Mann. (Weisfall in der Mitte und auf verschiedenen anderen Banken.)

Der Abgeordnete Lafabre sagte, indem er die Zahlen, die er in seiner vorigen Rede angegeben hatte, berichtete, seit 1906 habe Deutschland für seine Rüstungen nicht 1293, sondern 1310 Millionen aufgewendet, während Frankreich dafür nur 883 Millionen ausgegeben habe. Diese Zahlen sprächen eine berebete Sprache. (Beifall. Lärm auf der äußersten Linken.) Der Redner fuhr fort, ein plötzlicher Angriff würde bedeuten, daß der Krieg schnell zu Ende geführt werden solle. Dies läge im Interesse Deutschlands wegen seiner finanziellen Unterlegenheit. Aus diesem Grunde seien die strategischen Eisenbahnlinien zwischen der Westgrenze und der Weichsel stark vermehrt worden. — Ministerpräsident Barthou unterbrach den Redner und sagte: Dies ist durch den vruschischen Kriegsminister vor der Reichstagskommission bestätigt worden. (Bewegung.) — Lafabre richtete sodann die Zurückziehung der russischen Divisionstruppen aus Polen, wo sie in schlechter Stellung gestanden hätten, genau so wie gewisse französische Truppen im Jahre 1870. Lafabre ging dann des längerem auf die zungunsten der dreijährigen Dienstzeit sprechenden Gründe ein und bat zum Schluß die Kammer, den Gegenentwurf Kagagneur zurückzuweisen und den Entwurf der Regierung und der Kommission anzunehmen. (Lebhafte Beifall im Zentrum, auf der Rechten und auf verschiedenen Punkten der Linken.)

Rußland.

Die Antwort auf Deutschlands Rüstungen an der Ostfront.

Petersburg, 24. Juni. Die Reichsduma verhandelte über den Etat der Kasse des Kriegsministeriums. Der Referent Zwengingem erklärte, Rußland stehe gegenwärtig vor den betspiellosen Anstrengungen, welche ein befreundeter Nachbarstaat zur Entwicklung seiner Kriegsmacht mache. Die Reichsduma sei berechtigt, von den Leitern des Kriegsministeriums Aufklärungen darüber zu verlangen, was sie zur Wiederherstellung des gestörten Machtverhältnisses zu unternehmen planen.

Der Chef des Generalstabs erklärte, die Tätigkeit des Militärressorts sei, wie immer, auf die Kampfbereitschaft der Armee gerichtet. Sie habe sich in den letzten Jahren, insbesondere im Vorjahre, durch den intensiven Bau von Festungen und die Versorgung der Hauptdivisionen mit neuen Haubitzen und der Infanterie mit Maschinengewehren gekennzeichnet und sei bereits abgeschlossen. Der Chef des Generalstabs führte weiter die Maßnahmen an, welche das Kriegsministerium zum Zwecke der schnelleren Deplacierung der Armee sowie zur Verbesserung des Aufklärungsdienstes und der Aviatik getroffen habe. Das Ministerium habe dem Wunsch der Duma gemäß die Frage des Baues von Chaussees im westlichen Gebiet ausgearbeitet. Das Projekt der Ausarbeitung des Bahnnetzes zu strategischen Zwecken sei in der Ausarbeitung begriffen. Von den Balkanereignissen beeinflusst, welche alle Staaten gezwungen hätten, den Bestand ihrer Kriegsmacht zu prüfen, habe das Kriegsministerium Maßregeln getroffen, um die Armee mit allem Nötigen, was ihr zur Kampfbereitschaft fehle, zu versehen. Das Militärressort habe bereits eine Gescheßvorlage betreffend eine bedeutende Verstärkung der russischen Wehrkraft und die Formierung neuer Truppenteile bei der Infanterie, Kavallerie und den andern Waffengattungen sowie eine Reorganisation der Feldartillerie im Sinne der Vermehrung der Anzahl der Geschütze in der Feldartillerie der Armeekorps ausgearbeitet. Zum Schluß sagte der Generalstabschef: Alle diese Maßregeln legten dem Vaterlande große Opfer an Leuten und Geld auf. Das Militärressort sei der Reichsduma dankbar für die Bewilligung des diesjährigen Kontingents, das die Mittel gegeben habe, um zu Reorganisationen zu schreiten. Künftig seien jedoch noch weitere große Mittel erforderlich. Das Kriegsministerium hoffe, daß die Reichsduma dem Kriegsressort durch Verstärkung der Armee zu einem Bekande verhelfen werde, der es ermöglichte, die Gesamtmacht zur Verteidigung des Vaterlandes und zum Schutze der Friedensinteressen zu entfalten, wenn ein machtvolles Wort des Kaisers die Armee auf das Feld der Ehre rufen sollte.

Petersburg, 25. Juni. Reichsduma. In der gestrigen Abend Sitzung erklärte, auf verschiedene Anträge erwidern, der Generalstabschef, daß im Laufe des Jahres, seitdem im Ministerium eine Abteilung für Flugwesen bestesse, sich die Zahl der Flugzeuge vervielfacht habe. Das Ministerium werde nicht eher ruhen, als bis in jedem Armeekorps eine Fliegerabteilung eingerichtet sei, die in Kriegszeiten die Aufklärung sichert. Das Ministerium habe die erste Gelegenheit ergriffen, um die Zahl der Lenkbalkons zu verdoppeln, wobei es Luftschiffe großen Maßstabs, sogenannte Luftdreadnoughts neuester Systeme, erworben habe. Diese seien mit den neuesten Vervollkommnungen ausgestattet und hätten Maschinengewehre, Bombenwerfer und Telegraphenapparate. Deutschland habe zwar elf Lenkbalkons, jedoch bloß acht davon entsprächen den russischen Großlenkbalkons. Alle sechs russischen Lenkbalkons könnten sich mit den deutschen messen. Dabei komme in Betracht, daß Deutschland zwei Kriegsfrenten habe, Rußland aber bloß eine.

Marokko.

Verlustreiche Kämpfe der Spanier.

Madrid, 24. Juni. Wie der Kriegsminister bekannt gibt, hat gestern zwischen einer von dem Oberleutnant Alcantara befehligten Abteilung des Generals Solbes und Marokkanern des Charstammes ein Kampf stattgefunden. Die Marokkaner wurden unter großen Verlusten geschlagen. Die Spanier hatten zwei Verwundete. Bei der Rückkehr der Kolonne nach Azkila wurde ein Artillerieleutnant durch eine verirrte Kugel getötet.

Madrid, 25. Juni. Die aus Tetuan amtlich gemeldet wird, zogen die Feinde zahlreiche Kaningente zusammen, um die spanischen Truppen anzugreifen. Diese ergriffen darauf die Offensive und warfen den Feind nach einem erbitterten Kampf unter erheblichen Verlusten zurück. Auf Seiten der Spanier wurden drei Offiziere und dreißig Soldaten getötet, fünf Offiziere, darunter ein Oberst, und 48 Soldaten verwundet.

Amtlich wird aus Tarache gemeldet, daß von den spanischen Truppen zwei Gefechte geliefert worden sind, das erste zwischen Tzenin und Talza, das zweite zwischen Talza und Elfar. Auf Seiten der Spanier fielen zwei Leutnants und vier Soldaten. Der Feind ließ 27 Tote und drei Gefangene zurück.

Aus der Partei.

Das Leichenbegängnis des Genossen Raden

gestaltete sich zu einer machtvollen Demonstration der Dresdener Arbeiterkraft. Dem Sarge voran marschierten in langem Zuge die Genossen des vierten Kreises, dessen Vertreter der Verstorbene 15 Jahre hindurch gewesen. Dem Sarg folgten zunächst die Angehörigen, dann die Vertreter des Parteivorstandes, der sächsischen Parteinstanzen, der Reichstags- und Landtagsfraktionen, endlich die Deputationen aus dem Lande. Ihnen schlossen sich die beiden anderen

Dresdener Kreise an. Nach fast zweistündigem Marsche erreichte der Zug das prächtige Krematorium. Am Sarge sprachen Landtagsabgeordneter Wirth für den vierten Kreis, Landtagsabgeordneter Schulze-Kossebaude für den Landesvorstand, Reichstagsabgeordneter Wolfenbuhr für den Parteivorstand und die Reichstagsfraktion, Reichstagsabgeordneter Bod für die Kontrollkommission und endlich Reichstagsabgeordneter Gradnauer. Unter den prächtigen Klängen der Orgel und dem leise herdringenden Gesang einer gewaltigen Sängerschar senkte sich der Sarg in die Tiefe.

Totenliste der Partei.

In Gabelberg bei Stuttgart ist am Sonnabend wieder ein alter Kämpfer aus der sozialistengesellschaftlichen Zeit, Moritz Schröder, im Alter von 65 Jahren gestorben. Am 15. Oktober 1848 in Volkmarodorf bei Leipzig geboren, schloß Schröder sich sofort nach seinem Auslernen als Schriftfeger der Gewerkschaft und der Partei an und hat stets, wenn es galt, seinen Mann gestanden, ohne lange etwaige Folgen in Betracht zu ziehen. So wurde er schon 1868 in Leipzig wegen Eintretens für die Gesellschafteninteressen verhaftet und verurteilt, freiwillig seinen Arbeitsplatz; hierauf war er in Verdau und Gera tätig. Nach einigen Jahren in die Heimat zurückgekehrt, machte er 1873 den großen Leipziger Buchdruckerstreik mit und wurde 1878, unmittelbar nach Inkrafttreten des Sozialistengesetzes, von den Genossen seines Wirkungskreises verlassen, Frau und sechs Kinder ohne Mittel zurücklassend. Alle Anstrengungen, auswärts festen Boden zu gewinnen und wieder sein zerstörtes Familienglück aufzubauen, schlugen fehl, bis er endlich Ende 1892 in Stuttgart beim Genossen Dieck als Schriftfeger, später als Korrektor Stellung erhielt. Sofort nahm Schröder die Arbeit für Partei und Gewerkschaft wieder auf und wurde mehrmals mit Vertrauensämtern betraut. Hauptächlich die Buchdrucker, an deren Spitze er 1894 bis 1900 als Gewerkschaftler stand, haben seinem Wirken viel zu verdanken.

Pollzeiliches, Gerichtliches usw.

Brechprozesse.

Wegen angeblicher Beleidigung eines Gendarmereiwachmeisters wurde von der Erzurumer Strafkammer Genosse Behold als verantwortlicher Redakteur der „Tribüne“ in Erzurum zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt, obwohl Genosse Behold am Tage des Erscheinens jener Notiz, in der die Beleidigung gefunden worden war, gar nicht in der Redaktion anwesend sein konnte, da er auswärts einen Gerichtstermin wahrnehmen mußte. Sein Name war nur aus Versehen mit als „Verantwortlicher“ in der Druckform stehen geblieben.

Jugendbewegung.

Literatur.

Wie soll man wandern? Anleitungen und Winke von Engelbert Graf. Die Schrift ist von der Zentralstelle für die arbeitende Jugend Deutschlands herausgegeben worden, um zur Förderung guter Jugendwanderungen beizutragen. Die Wanderungen der arbeitenden Jugend sollen nicht nur der körperlichen Erholung und geistigen Erfrischung, sondern auch der geistigen Fortbildung unserer Jugend dienen. Dazu die Jugendwanderungen ausgehalten ist allerdings keine so leichte Aufgabe. Hierbei den Funktionären unserer Jugendbewegung behilflich zu sein, ist der Zweck der Schrift.

Der Verfasser, ein alter Praktiker im Wandern, gibt eine reiche Fülle erfolgreich erprobter Ratsschlüsse für die Organisation und Durchführung rechter Jugendwanderungen. Somit dürfte die Schrift, die für den Jugendleiter kaum entbehrlich ist, von jedem Freund genußreichen Wanderns begrüßt werden.

Der Preis der 82 Seiten starken Broschüre beträgt im Buchhandel 20 Pf., die Jugendlichen erhalten sie durch die Jugendausschüsse und -vereine billiger.

Bestellungen sind an die Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, Lindenstr. 69, zu richten.

Komm zu uns! Ein Wiedruf an die junge Arbeiterin. Von Luise Jich. Mit einer Reproduktion des Bildes: „Die junge Bergarbeiterin“ von Reumer und einem Gedichte: „Die Arbeit“ von Emma Bölg, herausgegeben von der Zentralstelle für die arbeitende Jugend Deutschlands. Zu beziehen durch die Buchhandlung Vorwärts in Berlin SW. 68. Preis 20 Pf.

Die Verfasserin weicht in einer dem Empfindungs- und Auffassungsbereichen der jungen Arbeiterin angepaßten Form die Aufgaben der proletarischen Jugendbewegung darzustellen und die junge Leserin für die Kulturbewegung der jungen Arbeiterschaft zu begeistern.

Die weiteste Verbreitung dieser wirkungsvollen Agitationschrift unserer Jugendbewegung ist um so wünschenswerter, da die bürgerlichen „Jugendbeweger“ mit Hilfe des Geldes der Steuerzahler für ihre unehelichen und arbeiterfeindlichen Bestrebungen neuerdings auch die weibliche Jugend der Arbeiterschaft einzufangen trachten.

Für die Agitation ist von der Schrift eine besondere Ausgabe hergestellt worden, von der 1000 Exemplare 10 R. kosten.

Aus Industrie und Handel.

Die Getreide-Einfuhrsteuer. Die Handelsvertragsvereinskorrespondenz schreibt: „Der durch unser Einfuhrsteinsystem forcierte deutsche Roggenexport hat der russischen Regierung bekanntlich Anlaß gegeben, die Einführung eines Eingangszolles für Roggen in Rußland und Finnland in die Wege zu leiten. Wenn auch die Klagen der russischen Agrarier stark übertrieben sein sollten, wie es den Anschein hat, so ist doch die peinliche Tatsache nicht aus der Welt zu schaffen, daß unser seit 1906 „verbessertes“ Einfuhrsteinsystem für unsere handelspolitischen Beziehungen mit dem Auslande immer mehr ein Stein des Anstoßes wird. Die Vereinigten Staaten von Amerika erheben seit dem vorigen Jahre einen „Ausgleichszoll“ auf die prämierte deutsche Ausfuhr von Mühlenfabrikaten und Hülsenfrüchten, und die betreffende Verordnung ist bis jetzt trotz des amtlichen deutschen Protestes nicht zurückgezogen worden. Mit der Schweiz haben wir einen Zollkrieg wegen der gleichen Frage vor einigen Jahren mit Mühe und Not und nach langen Verhandlungen vermieden. Auch in Norwegen und in den Niederlanden sind schon Klagen laut geworden. Es wäre daher wirklich an der Zeit, daß gelegentlich der Revision der Handelsverträge, wenn nicht schon vorher, dieses unglückliche deutsche Einfuhrsteinsystem ebenfalls einer sachgemäßen Revision unterzogen werden würde, selbstverständlich unter möglicher Wahrung der berechtigten Interessen des deutschen Getreideexportes. Eine Reform würde sich auch im Interesse der Reichsfinanzen sehr empfehlen. Wachsen doch die Zollvergütungen von Jahr zu Jahr in unheimlicher Progression: im ersten Quartal 1911 wurden 38,8 Millionen Mark vergütet, im ersten Quartal 1912: 41,9 Millionen Mark, im ersten Quartal des laufenden Jahres bereits 51,2 Millionen Mark. (!)“

In der Tat muß die völlige Felleitung des Skandals, daß die Ausfuhr von Brotfrucht prämiert wird, während im Inland Teuerung herrscht, immer wieder gefordert werden.

Der Eisenmarkt. In der Hauptversammlung des Stahlwerksverbandes, die Mittwoch stattfand, wurde über die Geschäftslage folgendes berichtet: In Halbjug über der Bedarf in

folge der schwächeren Beschäftigung der reinen Walzwerke zurückgegangen. Mit Rücksicht auf die zurückgegangenen Preise der leichten Walzfabrikate wurden heute die Inlandpreise für das dritte Quartal um fünf Mark pro Tonne herabgesetzt. Im Auslande liegt das Geschäft ebenfalls stiller. In Großbritannien veranlaßt die Ungewißheit über den Ausgang der im Schiffsgewerbe schwebenden Arbeiten Schwierigkeiten, die erst im Laufe des nächsten Monats sich entscheiden dürften, die Werften zur Zurückhaltung im Abruf. Die seitens der belgischen und französischen Werke erfolgten Preisherabsetzungen wirken ebenfalls hemmend auf das Geschäft ein. Das Geschäft in schwerem Oberbaumaterial hat von seiner früheren günstigen Verfassung noch nichts eingebüßt. Von den Preussischen Staatsbahnen wurde der Hauptbedarf in keinem Eisenzeug für das Etatsjahr 1914 aufgegeben, der entsprechend dem höheren Schienenbedarf gleichfalls den des Vorjahres übertrifft. Auch von Kleinbahnen wurden in den letzten Wochen Aufträge auf schweres Material erteilt. Vom Auslande gingen weitere größere Aufträge auf schwere Schienen ein, die zum Teil bereits zu Abschüssen führten. In großen Schienen wurden die Abschüsse für das dritte Vierteljahr in etwa derselben Höhe getätigt, wie im zweiten Vierteljahr. Der Spezifikationseingang ist recht bescheiden. In Rußland sind die Werke nach wie vor sehr angepannt und vielfach nicht in der Lage, die beanspruchten Liefertermine einzuhalten. Das Exportgeschäft leidet immer noch unter den andauernd schlechten Geldverhältnissen, unter denen der Waumarkt schwer darniederliegt. In vielen Stellen ruht die Produktion fast vollständig, und darin ist erst ein Umschwung zu erwarten, wenn die erforderliche Erleichterung auf dem Geldmarkt eingetreten sein wird. Die Abnehmer beschränken sich daher zurzeit auf die Deckung des notwendigen Bedarfs. Auf dem Auslandsmarkt wird teilweise ebenfalls Zurückhaltung geübt.

Soziales.

Sexualpädagogische Tätigkeit.

„Sexualpädagogische Tätigkeit“ lautete das letzte Thema auf der Jahresversammlung, die die „Deutsche Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten“ in Breslau (nicht in Berlin, wie es in dem letzten Referat hier) abhielt. Die Diskussion hierüber, welche durch ein Referat von Dr. E. Hohen-Breslau eingeleitet wurde und an der sich Vertreter verschiedener Ortgruppen, Frauen und Schulmänner beteiligten, zeigte, daß trotz der großen Schwierigkeiten, welche sich der sexualpädagogischen Tätigkeit der Gesellschaft und der Schulärzte entgegenstellen, doch jetzt allerorten das Verständnis für die Notwendigkeit einer sachgemäßen sexuellen Erziehung der Jugend im Zunehmen begriffen ist. Die erschreckend große Verbreitung der Geschlechtskrankheiten schon unter der halbwegsigen Jugend auf der einen Seite, die legendäre Wirkung der bisherigen Bemühungen der Gesellschaft auf der anderen Seite haben auch eine große Zahl der bisher widerstrebenden Pädagogen aus Gegnern zu überzeugten Anhängern dieser Bestrebungen gemacht. Viel hierzu beigetragen haben auch die in vielen Städten eingerichteten sexualpädagogischen Fortbildungskurse für Lehrer und Lehrerinnen. Auch die Notwendigkeit, bei den Eltern das Verständnis für dieses wichtige Problem zu wecken und die Mittel und Wege, wie dies geschehen könne, wurden in der Diskussion eingehend erörtert. Damit hatte die Versammlung ihr Ende erreicht.

Letzte Nachrichten.

Das Ergebnis der holländischen Stichwahlen.

Amsterdam, 25. Juni. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Nach den heute stattgefundenen Stichwahlen ist das Ergebnis der Kammerwahlen folgendes: Die Liberalen sanken von 59 auf 45, die Liberalen stiegen von 34 auf 35, die Sozialisten von 7 auf 18. Der Ausgang der Wahlen ist eine zerschmetternde Niederlage für die Liberalen und ein glänzender Sieg für das allgemeine Wahlrecht.

Oesterreich-Ungarn und die Balkanstaaten.

Wien, 25. Juni. (R. G.) Die offiziöse Wiener Allgemeine Zeitung“ präzisiert in einer ersichtlich vom Ballplatz stammenden Mitteilung die Stellung Oesterreich-Ungarns: Die Monarchie wünscht auf das lebhafteste die Beilegung des Konfliktes zwischen den Balkanstaaten. Der Modus, durch welchen dieses Ziel erreicht wird, kann Oesterreich-Ungarn ganz gleichgültig sein. Erst wenn ein definitives Resultat, sei es durch eine direkte Einigung der Balkanstaaten, sei es auf dem Wege eines Schiedsspruches, an den Tag treten sollte, wird die Monarchie zu dieser Teilung der eroberten Gebiete Stellung nehmen und untersuchen, ob dadurch ihre Interessen nicht tangiert werden. Denn es ist selbstverständlich, daß weder eine Vereinarung der Balkanstaaten untereinander, noch ein auf Grund dieser Vereinarung gefällter Schiedsspruch für Oesterreich-Ungarn irgend welche verbindliche Kraft besitzen.

Der bulgarisch-serbische Zusammenstoß.

Belgrad, 25. Juni. (W. T. B.) Nach amtlichen Berichten versuchten größere bulgarische Truppenmassen durch einen nördlichen Ueberfall sich der serbischen Stellungen längs des Platomoflusses zu bemächtigen. Sie wurden nach blutigem Kampf zurückgeschlagen. An maßgebender serbischer Stelle wird die Hoffnung ausgedrückt, daß der Vorfall keine weiteren Kreise ziehen werde.

Albanische Freiwillige für Serbien.

Saloniki, 25. Juni. (R. G.) Die Serben haben eine große Anzahl albanischer Freiwilliger für den Fall eines Krieges mit Bulgaren angeworben. Sie erhalten 20 Dinar monatlich, reichliche Tagesrationen und außerdem freien Tabak garantiert. Mehrere tausend Albaner sind bereits in Derisowit im Bilajet Kossowo versammelt, um eingekleidet zu werden.

Eine menschliche Bestie.

Gothe, 25. Juni. (W. T. B.) Eine auf dem Gute Großfahner beschäftigte polnische Arbeiterin nahm nach einem Streit mit ihrem Manne ihr 6 Wochen altes Kind, legte es auf den Hackloß und schlug ihm mit der Art den Kopf und beide Beine ab. Sie beging den Mord zu der Zeit, als der von ihr mißhandelte Mann zum Gendarmen gegangen war. Die Mörderin wurde verhaftet.

Der Streik im Randgebiet.

Kapstadt, 25. Juni. (W. T. B.) Infolge der Streiklage im Randgebiet werden in den verschiedenen Städten der Union Truppen bereit gehalten, um im Notfall nach dem Randgebiet abzugehen. Nach Venoni, in der Nähe der Kleinfontein-Mine, sind 150 Mann berittener Infanterie abbeordert worden.

Eisenbahnunglück in Kanada.

Ottawa, 25. Juni. (W. T. B.) Vier Waggons eines Zuges der Canadian-Pacificbahn sind in den Ottawafluß gestürzt. 15 Personen sind getötet worden. Die Leichen von 4 Männern, 3 Frauen und einem Kinde wurden aus dem Fluße geborgen. Der Zug war stark mit Einwanderern, besonders schottischer Nationalität, besetzt.

Todes-Anzeigen

Sozialdemokratischer Wahlverein
I. d. 4. Berl. Reichstagswahlkreis.
Stalauer Viertel, Bezirk 326.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Genosse, der Arbeiter
Hermann Conradt
Gubener Straße 25
gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Freitag, den 27. Juni, nachmittags
5 Uhr, von der Halle des Zentral-
friedhofes in Friedrichsfelde statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Landberger Viertel, Bezirk 403 I.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Genosse, der Arbeiter
Robert Groß
Gausburgstraße 9
gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Freitag nachmittags 5 1/4 Uhr, von
der Leichenhalle des Zentral-
friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.
Um zahlreiche Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein
I. d. 4. Berl. Reichstagswahlkreis.
Frankfurter Viertel, (Bezirk 264.)
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Genosse
Gustav Fischer
Marxstr. 18
gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Freitag, den 27. Juni, nachmittags
4 Uhr, von der Halle des Fried-
hofes der Andreas-Rakus-Gemeinde in
Wilhelmshagen aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Verband d. Gemeinde- u. Staatsarb.
Filiale Groß-Berlin.
Unsere Mitglieder zur Nach-
richt, daß der Kollege
Theodor Dittberner
welcher im Betriebe des städtischen
Gaswerkes Schmaragdort be-
schäftigt war, verstorben ist.
Wir werden ihm ein ehrendes
Andenken bewahren.
Die Beerdigung findet am
Donnerstag, den 26. Juni, nach-
mittags 5 1/4 Uhr, von der Leichen-
halle des neuen Jerusalemer Kir-
chhofes Westend, Fürstendamm
Beg. aus statt.
34/13 Die Ortsverwaltung.

Deutscher
Transportarbeiter - Verband.
Bezirksverwaltung Groß-Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Kollege, der Schankwirt
Hermann Conradt
am 24. Juni im Alter von 49 Jahren
verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Freitag, den 27. Juni, nach-
mittags 5 Uhr, von der Leichen-
halle des Zentral-Friedhofes in
Friedrichsfelde aus statt.
Um rege Beteiligung wird ersucht.

Den Mitgliedern ferner zur
Nachricht, daß unser Kollege, der
Hausdiener
Karl Frischke
am 23. d. Mts. im Alter von
52 Jahren gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Donnerstag, den 26. d. Mts., nach-
mittags 5 Uhr, von der Leichen-
halle des neuen Jerusalemer
Kirchhofes, Reußstr., Hermanns-
straße, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
66/4 Die Bezirksverwaltung.

Sozialdemokratischer Wahlverein
I. d. 4. Berl. Reichstagswahlkreis.
Görliger Viertel, Bez. 160.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Genosse, der Hausdiener
Karl Frischke
(Luisenstr. 34) gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute
Donnerstag, den 26. Juni, nach-
mittags 5 Uhr, von der Leichen-
halle des neuen Jerusalemer Kir-
chhofes, Hermannsstraße, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
214/30 Der Vorstand.

Sängerabteilung I.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser lieber Sangesbruder
Karl Frischke
am 23. Juni verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute
Donnerstag, den 26. Juni, nach-
mittags 5 Uhr, von der Leichen-
halle des neuen Jerusalemer
Kirchhofes, Reußstr., Hermanns-
straße, aus statt.
13285
Der Vorstand.

Montagnachmittag 3 Uhr ent-
scheidend nach langem Leiden
der Silberpflöcker
Heinrich Pleiß
im 55. Lebensjahre.
Die Beerdigung findet am
Freitag, nachmittags 4 1/4 Uhr, von
der Halle des Zentral-Friedhofes
in Friedrichsfelde aus statt. 13296
Frau Else Marco geb. Pleiß.
Frau Johanna Faust.

Sozialdemokratischer Wahlverein
Kreis Niederharnim.
Bezirk Rummelsburg.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Genosse
Heinrich Witzhausen
verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Freitag, nachmittags 5 Uhr, von
der Leichenhalle des Georgen-
Kirchhofes, Landsberger Allee 21,
aus statt.
Rege Beteiligung erwartet
8/1 Die Bezirksleitung.

Dienstagmorgen entschlief sanft
nach kurzem schwerem Leiden
mein lieber Mann, unser guter
Vater, der Schankwirt
Heinrich Witzhausen
im 41. Lebensjahre.
Frau Witzhausen
nebst Kindern.
Die Beerdigung findet am
Freitag, nachmittags 5 Uhr, von
der Halle des Georgen-Kirchhofes,
Landsberger Allee, aus statt. 8621

Verband der freien Gast- und
Schankwirte Deutschlands.
Zahlstelle Lichtenberg.
Den Kollegen die traurige Nach-
richt, daß unser Mitglied
Heinrich Witzhausen
im 42. Lebensjahre verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet Freitag,
nachmittags 5 Uhr, von der
Leichenhalle des Georgen-Kir-
chhofes, Landsberger Allee, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
73/7 Die Ortsverwaltung.

Zentral-Kranken- u. Sterbekasse
der deutschen Wagenbauer.
(Versicherungsb. a. Gegenseitigkeit)
Ortsverwaltung Neukölln I.
Nachruf!
Vor kurzem verstarb nach
langem schweren Leiden unser
Mitglied, der Tischler
Richard Pelz
Belfestraße 58.
Ein ehrendes Andenken bewahrt
ihm die Filiale Neukölln I.
238/8 Die Ortsverwaltung.

Dankagung.
Für die vielen Beweise herzlicher
Teilnahme und reichen Kranzspenden
bei der Beerdigung unserer Lieben
Erna
sagen wir allen Verwandten, Freunden,
Bekanntem und den Mitgliedern des
Hanses Thorner Str. 1 unsern herz-
lichsten Dank.
In tiefer Trauer
Familie A. Schaar.

An diesem
Schild
sind die Läden
erkennbar,

in denen
SINGER
Nähmaschinen
verkauft werden.
Mustergültig in Konstruktion und Ausführung,
gleich vorzüglich für Hausgebrauch u. Industrie.
Singer Co. Nähmaschinen Act. Ges.
BERLIN, Leipziger Straße 92.
Läden in den verschiedenen Stadtteilen.

300 Mark 104/4*
Kauf an verl. Parz. von 2000 Mk. an
10 H.-Lour elektr. Bahn, Linie 164,
Hohenhofenhausen, Hauptstr. 17, S. pl.
Heines Werke
3 Bände 4 Mark
Buchhandlung Vorwärts
Ohne jede Anzahlung
Pianos
Erstklassiges Fabrikat!
(9 x prämiert, Staatsmed.)
in allen Holz- und Seilarten,
von wundorb. Tonf. (Flügelton).
sowie Flügel und Harmoniums
gegen kleine monatl. Teilzahlung. — Für jedes Instrument
gewähre ich zwanzigjährige schriftl. Garantie.
Conrad Krause Nachf. Berlin, Ansbacher Str. 1,
Ecke Kurfürstenst. Tel. Ch. 10410
Auch Sonntags geöffnet.

Genauere Augengläser

Lieferant für alle Krankenkassen.
Optiker Stendel, Inh. Emil Klein,
Berlin C, Roßstraße 32.
10 Minuten vom Gewerkschaftshaus.

Wir schwören

auf
Selowsky's
Caruso-Cigaretten

Sommer-
Räumungs-Verkauf.
Diverse Artikel bis 40% herab-
gesetzt!!
Gardinen-
Spezialhaus

Emil Lefèvre
Berlin S, Oranienstr. 158.
Wunderbare Neuheiten,
Gardinen, Stores, Vitrages, Tüll-
bettdecken etc. in allen Stilart.
Portieren, Möbelstoffe,
Tischdecken,
1 Posten reich-
gestickter **Erbstül-**
Bettdecken mit Volant
à 335 485 (bisher
6 bis 8 M.).
Erbstül-Stores mit
Volant
à 335 475 (bisher
6 bis 8 M.).
Spezial-Katalog
650 Abbildungen gratis u. franko

Spezial-Arzt
Dr. med. Wockenuss
Haut-, Harn-, Frauenleiden, Ehrlich-
Mata-Kuren, Blutuntersuchung,
Schnelle, gründl., schmerzlos. Behdlg.
Friedrichstr. 125 (Oranien-
burger Tor)
Nahe Friedrichstr. u. Stett. Bahnst.
Sprechst. 10-1 u. 5-8, Sonnt. 9-11.

Das gute Kiebeck Bier

Theater und Vergnügungen

Donnerstag, 26. Juni 1913.
Anfang 7 1/4 Uhr.
Prater. Das Rummelmädchen.
Anfang 8 Uhr.
Hranis. Auf's Wasserhorn.
Kroll-Oper. Evangelistmann.
Schiller O. Der Leibgardist.
Schiller u. Charlottenburg. Zwei
Wappen.
Leitung. Alt-Wien.
Berliner. Filmzauber.
Montis Operetten. Der lachende
Ehemann.
Reines. Professor Bernhardt.
Deutsches Opernhaus. Der Frei-
schütz.
Thalia. Puppen.
Metropol. Die Kino-Königin.
Wintergarten. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Anfang 8 1/4 Uhr.
Romödienhaus. Höflichkeitliche
Wohnungen.
Friedr. u. Wilh. Schauspielhaus.
Das Harmermädchen.
Lustspielhaus. Der lustige Kalabu.
Rose. Tagebuch einer Verlorenen.
Süssen. Die Kaiserin.
Solles Caprice. Ein Pechvogel.
Die Krampflache.
Anfang 8 1/4 Uhr.
Neues Volkstheater. König
Krause.
Deutsches. Die Schiffsbrüder.
Deutsches Schauspielhaus. Eine
Vergangenheit.
Theater am Kollendorferplatz.
Der Mann mit der grünen
Maske.
Anfang 9 Uhr.
Admiralspalast. Eisballer: Hitz in
St. Moritz.
Eternwarte. Invalidenstr. 57-62.
Berantw. Redakteur: Albert Wachs, Berlin. In jederenteil verantw.: E. Glode, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdr. u. Berlinersantals Paul Singer & Co., Berlin SW. Dierzu 3 Beilagen u. Unterhaltungsbl.

Schiller-Theater O. Baller-
Theater.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Der Leibgardist.
Freitag, abends 8 Uhr:
Der Leibgardist.
Sonabend, abends 8 Uhr:
Der Leibgardist.

Schiller-Theater Charlotten-
burg.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Zwei Wappen.
Freitag, abends 8 Uhr:
Freiwill.
Sonabend, abends 8 Uhr:
Freiwill.

Kroll-Oper
8 Uhr:
Der Evangelistmann.
Gastspiel
Kammerfänger Alois Pennarini.
Freitag: Die Meistersinger.

Montis Operetten-Theater
(fr. Neues Theater). Ami Roden 144.
Sommerpreise. Gastsp. Jul. Spielmann.
8 Uhr: Der lachende Ehemann.
Theater am Kollendorferplatz
Täglich 8 1/4 Uhr: Burleske Spiele.
Der Mann mit der grünen Maske.
- Varieté - - Kino -

Metropol-Theater.
abends 8 Uhr:
Die Kino-Königin.
Operette in 3 Akten von Jul. Freund
und G. Oskowitsch.
Musik von Jean Gilbert.
In Szene gesetzt v. Dir. Rich. Schulz.

ROSE-THEATER
Große Frankfurter Str. 132.
Alfr. Doda Ensemble-Gastsp.
Tagebuch einer Verlorenen.
Anfang 8 1/4 Uhr.
Auf der Gardinenbühne:
Achtung! Es geht los!
Anfang 4 1/4 Uhr.

Stadt-Theater
Rit.-Roadit 47/48.
Theater und Spezialitäten.
Größter Schläger des Thalia-Theaters
Bis früh um fünf.
Musik von Paul Linde.
Anfang Sonntag 5, der Vorstell. 6 Uhr.
Kleine Preise.

Admiralspalast - Eis-Arena
Angenehm kühler Aufenthalt.
Allabendlich
das gr. erfolgreiche Eisballott
Flirt in St. Moritz.
Bis 6 Uhr und von 10 1/4 Uhr
halbe Kassenpreise.
Restaurant I. Ranges.
Wein- und Bier-Abteilung.

Voigt-Theater
Badstr. 58.
Deute:
Der Bettelstudent.
Vollständ. mit Anfang und Ende
in 5 Akten.
Gänzlich neue Spezialitäten.
Kassensammlung 2 Uhr. Anfang 4 1/4 Uhr.

JAPAN
im
LP
ARK
Hochinteressante Völkerschau

Berliner Theater.
8 Uhr: Filmzauber.
Deutsches Schauspielhaus
8 1/4 Uhr: Eine Vergangenheit.
Passage-Panoptikum
Die 3 Schwestern
Liliput
die kleinste Schwest. der Welt.
Der weltberühmte amerikanische
Negerboxer
Andrea Johnson
bei seinem Training.
Aga, Jungfrau!
Ailes lebend!
Alles ohne Extra-Entree!

ZOOLOGISCHER
GARTEN
Täglich:
Großes Militär-
Doppel-Konzert.
Eintritt 1 Mark,
von 6 Uhr ab 50 Pf.
Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

Reichshallen-Theater
Stettiner Sänger.
Zum Schluss:
„Künstler der
Landstraße“.
Eine
Musikanten-
Burleske
von Meysel.
Anfang 8 Uhr.

Neue Welt
A. Scholz, Hasenheide 109-114
Heute
Donnerstag, den 26. Juni 1913:
Elitetag!
verbunden mit
Großem
Brillantfeuerwerk
und unter gütiger Mit-
wirkung des
Neuköllner Lehrer-Gesang-
vereins.
Anf. 5 Uhr. Entree 50 Pf.

Volksgarten-Theater.
Badstr. 8 und Bellermaistr. 20/25.
Täglich: Konzert, Theater und
Spezialitätenvorstellung.
Muttersegen.
Schauspiel mit Musik in 5 Akten.
Sente: Gr. Brillant-Feuerwerk
und des großart. Spezialität-Program.
Für den Inhalt der Inserate
übernimmt die Redaktion dem
Publikum gegenüber keinerlei
Verantwortung.

Das Massenstreikproblem.

II.

Nach der Massenstreikfrage brachten eine Anzahl Blätter aller Richtungen die Notiz einer verbreiteten Korrespondenz, in der es hieß:

Ein Berliner Blatt hat der Bilmersdorfer Versammlung die Meldung vorangehen lassen, daß die sozialdemokratische Partei sich entschlossen habe, binnen einem Jahr in den Massenstreik einzutreten, falls bis dahin keine Wahlreform zustande gekommen sei. Jeder Kenner der Parteiverhältnisse muß sich sagen, daß eine solche Meldung nicht richtig sein kann. Ein Beschluß von so ungeheurer weittragender Folgen kann selbstverständlich nur nach ausgiebiger Erörterung von den Vertretern der organisierten Genossen im ganzen Lande gefaßt werden. Es liegt aber — auch das kann ganz offen ausgesprochen werden — zurzeit kein Anlaß vor, anzunehmen, daß irgendeine Parteiführung in diesem Augenblick eine derartige Beschlußfassung wünscht. Frank und die Genossen, die ihm begeistert zustimmen, haben redlich von ihrem Recht der freien Meinungsäußerung Gebrauch gemacht. Ihre Äußerung ist das Zeichen einer Stimmung, die in einem Teil des kämpfenden Proletariats herrscht; wie groß oder wie klein dieser Teil ist, kann heute noch niemand sagen. Als Stimmungszeichen verdient die Bilmersdorfer Versammlung Bewertung und Beachtung zu werden, nicht bloß von den Freunden der Wahlrechtsbewegung, sondern auch von den unentschiedenen Elementen und den Gegnern. Von ihrem Verhalten wird es zum guten Teil abhängen, ob jene Stimmung auf einzelne Teile der organisierten Arbeiterklasse beschränkt bleibt, oder ob sie wie ein Lauffeuer um sich greift. Unter den Millionen der Reichslosen, und sogar noch ein gut Stück über ihre Kreise hinaus ist die Ueberzeugung allgemein, daß es so wie bisher nicht fortgeht, daß der in Preußen herrschende Zustand nicht auf die Dauer ertragen werden kann. Wird er in naher Zeit beseitigt, so verschwindet mit ihm auch die Erregung, deren Quelle er ist. Bleibt er erhalten, dann wird sich diese Erregung steigern und dann wird auch der Tag kommen, an dem eine schwere Erschütterung des Staates und des ganzen Reiches durch leidenschaftliche Wahlrechtskämpfe nach dem Vorbilde anderer Länder nicht mehr zu vermeiden sein wird.

Interessant ist die Stellungnahme der Parteipresse im rheinisch-westfälischen Industriegebiet zur Massenstreikfrage. Die „Eiffener Arbeiterzeitung“ schrieb:

So sehr wir bestrebt sind, dem preußischen Wahlrechtskampf alle Wege freizulegen, die sich irgendwie als gangbar erweisen, sehen wir uns aber vom Standpunkte des überlegenden Organisationsausgeprägten, dem sündentüchtigen Vortritt der opportunistischen Parteiführung unsere unüberhörte Verantwortung auszusprechen über die geradezu leichtfertige Art, wie sie die preußischen Parteigenossen mit einem Bagatel, der alles auf die eine Karte einer momentanen Volksstimmung zu setzen sucht, in den politischen Massenstreik hineinzujauchzen suchen. Alle Begeisterung in Ehren, ohne sie ist im politischen Kampfe überhaupt nichts auszurichten, sie muß aber einen realen Untergrund haben, und der kann für den politischen Massenstreik in Preußen nur geschaffen werden durch eingehende Erörterungen in den wirtschaftlichen und politischen Organisationen des Proletariats im Reich und in Preußen. Das letzte Beispiel des heillosen politischen Massenstreiks scheint eine geradezu verheerend gleichmachende Wirkung in den Köpfen mancher unserer Parteiführer angerichtet zu haben. In unserem westlichen Industriebezirk Preußens haben wir seit 1880 nun schon dreimal den wirtschaftlichen Massenstreik im Vergangenen erlebt und die praktischen Lehren dieser Bewegung kennen gelernt, die sich bis jetzt noch in keine noch so schon erklagte Hurra Stimmung hineinpressen läßt. Unsere am Herde des konzentrierten Großkapitals im wirtschaftlichen und politischen Feuer geschmiedeten Massenstreik des Proletariats sind sich doppelt bewußt, daß der Wahlrechtskampf in Preußen bis zu seinem bittersten Ende durchgekämpft werden muß, aber dazu bedarf es noch gewaltiger wirtschaftlicher und politischer Schulung des Proletariats, auf das wir uns im entscheidenden Augenblick unter allen Umständen verlassen können, wenn es nicht zum bösen Ende für die operierende Schar der Kämpfer für die Freiheit in Preußen auszufliegen soll. Wir haben hier im Industriegebiet unsere heutige Position im Befreiungskampfe des Proletariats zu mühsam erobert, als daß wir uns je dazu herbeilassen würden, den Kampf um die Erfüllung der preußischen Forderung aufzunehmen, ehe wir nicht mit gutem Gewissen sagen können, nach unserem Ermessen ist alles bereit, um diesen schweren Feldzug gegen die preußische Reaktion, deren tiefste Wurzeln uns nur zu bekannt sind, mit Ehren aufnehmen zu können.

Was wir fordern müssen, um aus dieser politischen Misere herauszukommen, in die der preußische Wahlrechtskampf hineingeworfen droht, das ist zunächst eine entschiedene unzweideutige Willenserklärung. Die geradezu dürftige Tagesordnung für unseren diesjährigen Parteitag läßt nicht viel Hoffnung aufkommen, daß besondere Absichten im Schoße der Partei für die allernächste Zeit nach Gestaltung drängen. Vielleicht löst sich das aber noch in den nächsten Wochen aus. Vom ernsthaften Angriff des Werkes bis zur entscheidenden Tat wird dann immer noch eine ganz ausgedehnte Vorarbeit zu bewältigen sein, die sich voraussichtlich sogar über eilf Jahre hinaus ausdehnen wird, um dann natürlich nach weit ausgeholtem Schläge die preußische Reaktion möglichst so zu treffen, daß ihr eine heilsame Lehre daraus erwächst.

Absichten und Richtungen nach ganz profanen Kriegsplanen — die mehr das Werk unserer Organisatoren als unserer Agitatoren sein müssen — gilt es zunächst festzulegen und dann der Propaganda freizugeben. Nach dieser mehr praktischen als gloriosen Parole hat das Proletariat Preußens Bedürfnis. Dies fordert die nächste Zukunft.

Das „Böhmische Volksblatt“ schrieb dagegen: „Es wäre ein Fehler, wenn über der Frage nach den Ursachen des unbefriedigenden Wahlausganges die Prüfung der Zukunftsfrage zu kurz käme, die Frage, was zu geschehen, um aus dem Elend des Dreiklassen Systems herauszukommen, wie führen, wie beleben wir aufs neue den Wahlrechtskampf! Denn das muß für uns feststehen und steht auch fest, daß wir uns nicht in dieser Entschlossenheit damit abfinden können, daß nun einmal nichts zu machen sei. Der Gedanke, daß das Dreiklassen System ein Fels sei, an dem alle unsere Bemühungen zu scheitern werden, hat keinen Raum in den Berechnungen eines revolutionären Politikers. Für uns steht fest: Das Dreiklassen System in Preußen ist zurzeit das Generalschicksal jedes politischen Fortschritts nicht nur in Preußen, sondern im ganzen Reich. Deshalb muß das Dreiklassen System fallen! Da kann es sich also nur um die Frage des Wie handeln, von deren Lösung auch die Frage des Wann handelt. Wir preußischen Parteigenossen, die wir mitten in der Arbeit für die Landtagswahlen gestanden haben, konnten degreifflicherweise unmittelbar nach den Wahlen, unter dem Eindruck des geringen Ertrages unserer Arbeit nicht gleich die Spannkraft wieder finden, sofort ihn und klar die Mittel des neuen Kampfes zu ertören. Da ist es recht erfreulich und uns allen und unserer Sache dienlich, daß Genossen aus dem Süden, die erfahrenen Praktiker fortschrittlicher Politik, oft genug darum vertrieben, kommen und uns frischen Mutes ihre Ansicht sagen über die nächsten Aufgaben, die wir erfüllen müssen, von den allein wirksamen Mitteln, die wir anwenden müssen, um wieder aus dem Stillstand herauszukommen, um wieder Leben in die Wunde zu bringen, um schließlich zum Ziele zu gelangen.“

Wie aber werden wir die Massen im Feuer bringen durch fortwährende Erörterungen darüber, ob sie dazu zu bringen sind. Niemand wird ein politischen Massenstreik hinsichtlich auf Erfolg wagen, wenn wir nicht zu tun wissen, als seine Schwierigkeiten zu übersteigen.

Das aber sage ich zum Schluß auf Grund einer mindestens ebenso reichen Erfahrung, wie sie dem Eiferer Warner zur Verfügung steht:

Niemand ist in der Lage zu sagen, daß deutsche Industrie-proletariat sei zu einem politischen Massenstreik nicht reif!

Die Erfahrungen mit den wirtschaftlichen Streiks im Ruhrgebiet bilden kein Merkmal zur Beurteilung der Möglichkeiten eines politischen Massenstreiks. Wären sie ihn aber, dann spräche er durchaus nicht gegen die Möglichkeit des politischen Massenstreiks.

Der politische Massenstreik trägt seinen Charakter in sich selbst. Er ist in Deutschland noch nicht angewandt worden, und daher gibt es keine Möglichkeit, zu sagen, er könne nicht angewandt werden.

Dagegen ist gewiß, daß ein politischer Massenstreik vor allem entschlossene und tatbereite Führer erfordert, daß aber Klammacherer, auch mit den revolutionärsten Grundsätzen, jede Tat unmöglich macht!

Die „Rheinische Zeitung“ (Köln) äußerte sich u. a.:

„Es muß einmal gesagt werden: mit dem Wahlrechtskampf steht es geradezu trübselig. Gewiß hat die Sozialdemokratie Massen aufgestellt und ihnen das Bewußtsein der preußischen Schmach eingehämmert. Doch das Fehlen sind wir noch weit entfernt. Jähnelnrischend stehen wir vor der beschämenden Tatsache einer dumpfen und stumpfen Gleichgültigkeit gewaltiger Arbeiterschichten. In dem politischen Duell kommt das deutsche National-laster der Temperamentslosigkeit, das sich als ein weiterer Hemmschuh stürmender Aktionen erweist. Politischer Massenstreik? — ein padender, überwältigender Gedanke, aber zu schön, um in unserer Atmosphäre behaglicher Gemächlichkeit Hoffnung auf Verwirklichung geben zu können! Das ganze Preußen mühte es sein. Doch wo ist der moderne Hercules, der den Hunderttausenden und Millionen, die träge dahindübeln, den heißen Atem revolutionärer Energie einblasen könnte? Das im Verhältnis recht kleine Heer unserer energiegelbten und opferbereiten Kämpfer reicht natürlich bei weitem nicht aus; die Hoffnung darauf, daß wir die über das Gelingen eines Massenstreiks entscheidenden Schichten mitreihen könnten, ist aber doch so gering, daß jede Massenstreikdebatte im Grunde verlaufen muß. Gewiß: in uns allen brennt die heiße Sehnsucht nach kraftvoller Rassenaktion — aber die lähmende und niederziehende Gleichgültigkeit, die politische Sati- und Kraftlosigkeit von Millionen, die dabei sein müßten, bringt uns die vorläufige Aussichtslosigkeit solcher Wünsche sehr bitter zum Bewußtsein.“

Die „Rheinische Arbeiterzeitung“ (Duisburg) schrieb:

Gerade weil wir im politischen Massenstreik eine so wuchtige Waffe erkennen, gerade weil wir glauben, daß sie es ist, die im preußischen Wahlrechtskampf die Entscheidung herbeiführen wird, deshalb halten wir die ernsteste, unfaßbarste Vorbereitung ihrer Anwendung für nötig, deshalb lehnen wir jede leichtgennute Beschäftigung mit ihr ab.

Frage wir uns zunächst, ob in der Masse der preußischen Arbeiterklasse nach dem Ausgange des Landtagswahlkampfes der heiße, ungebändigte Streiterwille lebt, den die Belgier auf der Haben-Seite der politischen Durchführung verzeichnen konnten? Wir sind im Bestimmen gewesen und können dem Genossen Keerfeldt nicht zustimmen, der in einem Artikel der „Neuen Zeit“ von den Anzeichen einer Verbürgerlichung der Partei spricht und konstatiert zu müssen glaubt, daß die deutsche Bewegung die Waise schon hinter sich hat, da sie etwa an einen politischen Massenstreik denken könnte. Unsere Meinung ist vielmehr die, daß wir, was die Umsetzung politischer Erkenntnis in politische Tatkraft anbetrifft, zwar noch recht weit zurück sind, daß wir aber durch intensivste innere Arbeit, durch immerwährendes Nachhaken der Rauen und Silben, durch machtvollle Steigerung der begonnenen Bildungsstätigkeit sehr wohl dahin kommen können, wohin die romanischen Völker durch Leidenschaft und Temperament gelangt sind. Nur, daß unser Kampf dann jäh, berechneter, systematischer sein kann, daß er nicht nur eine feurige Attade, sondern ein ausgebeuteter, konzentrischer Angriff auf die nächste Position der kapitalistischen Klassenherrschaft sein wird.

Nach, das geben wir unumwunden zu, auf Grund der Erfahrungen namentlich bei der letzten Landtagswahl, stehen wir nicht auf dem Punkte, von wo aus sich dieser Kampf entwickeln könnte, aber wir werden ihn erreichen. Niemand wird verneinen, daß die Entschlußfähigkeit und Disziplin des hauptsächlichsten großstädtischen Proletariats uns in die Lage versetzen würden, hier bei entsprechender Vorbereitung den politischen Massenstreik zu wagen. Es muß und wird möglich sein, mit der Organisation und Erkenntnisbildung der Proletariarmassen in den Industriegebieten, den mittleren und kleineren Städten ebenso weit zu gelangen. Es wird uns das vor allen Dingen dann möglich werden, wenn die sozialen Gegensätze sich verschärfen und tief in den Interessentkreis der Massen eingreifende politische Ereignisse sich abspielen.

Darüber sind wir uns alle klar, daß bis heute unumgängliche Parlamentieren, Verhandeln, Vergleichen und Kompromittschließen derer, die an der Spitze der großen und immer anschwellenden sozialen Heereskörper stehen, kein ewig währender Zustand sein wird. Eine Wirtschaftskrise wird drohend ihre Schatten voraus. Driht sie herein, die Arbeiter zum Verzweiflungskampf um ihre nackte Existenz, um die Aufrechterhaltung ihrer sozialen und ökonomischen Erwerbsverhältnisse zwingend, so wird ein großer Zusammenprall der kapitalistischen und proletarischen Macht wohl nicht zu umgehen sein. Ein solcher Kampf wird ohne weiteres zum politischen Ereignis — ist er nicht von vornherein, so wird er von der herrschenden Klasse dazu gestempelt; wir sehen die Vorboten dessen ja im Ruhrstreik und auch bei anderen Gelegenheiten.

Mit diesem naturgemäß nur skizzenhaften Hinweis wollen wir andeuten, daß uns die kommenden Jahre Mittel zur Aufrüttelung der Arbeiterklasse massenhaft in die Hand geben werden. Es ist die Konsequenz unserer Anschauung über den Massenstreik, daß wir für die Diskussion und Propagierung dieses Kampfmittels eintreten. Der Vorstoß des Genossen Frank, hinter dem nicht er allein, sondern zum mindesten eine Gruppe von Parteigenossen steht, belehrt uns, daß die Diskussion keineswegs überflüssig ist und unfruchtbar verlaufen muß. Die Propagierung des Massenstreiks als Kampfmittel zunächst für den preußischen Wahlrechtskampf ergibt sich als Notwendigkeit aus der gegenwärtigen Situation, in der schon erkennbar die Reime der kommenden liegen. Deshalb ist es gerechtfertigt, daß, wie von verschiedenen Seiten gefordert, die bevorstehenden Parteitagungen sich eingehend mit dieser Frage beschäftigen.“

Reichstag.

169. Sitzung. Mittwoch, den 25. Juni 1913, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsitz: Delbrück.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die

dritte Beratung des Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetzes.

Abg. Dr. Landsberg (Soz.):

Keiner von uns in der zweiten Lesung gestellten Anträgen hat bei der Mehrheit Gnade gefunden, selbst solche Anträge sind vom Zentrum und den Nationalliberalen abgelehnt worden, die diese Parteien in der Kommission selbst gestellt haben. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Es scheint, daß sie lediglich deshalb abgelehnt worden sind, weil wir sie gestellt haben. Uns schmerzt das nicht, wir wissen,

daß unsere Anträge, wenn nicht das Recht der Gegenwart, doch das der Zukunft darstellen, wir sind stolz darauf, auch auf diesem Gebiet als Pioniere zu gelten. Unsere endgültige Stellung zu dem Gesetz machen wir abhängig von dem Schicksal der Anträge, die wir heute erneut einbringen. Wir verlangen, daß jeder Deutsche staatsangehörig ist in dem Bundesstaate, in dem er seinen Wohnsitz hat, zum mindesten, wenn er den Unterfahungss-wohnsitz erworben hat; wir verlangen weiter, daß solche Personen ein verfolgbares Recht auf Einbürgerung erhalten, die aus der Ehe eines staatenlosen Mannes mit einer deutschen Frau stammen, in Deutschland wohnen und bereit sind, im deutschen Heere zu dienen; dasselbe Recht auf Einbürgerung verlangen wir für Kinder von Ausländern, die in Deutschland geboren und erzogen sind und alle Pflichten eines Deutschen auf sich nehmen. Schließlich beantragen wir die Streichung der Bestimmung, die den Bundesstaaten die Befugnis nimmt, Einländer einzubürgern, sondern allen anderen Bundesstaaten ein Einbürgerungsrecht gewährt. Wir begreifen vor allem nicht die Stellung des Zentrums, dessen Mitglied Dr. Welger die preußische Dänenpraxis als unheilvoll und flandolös bezeichnet hat. (Hört! hört!) Wir können die Verantwortung nicht übernehmen, daß diese preußische Praxis auf das ganze Reich übertragen wird. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Unterstaatssekretär Dr. Delbrück:

In der zweiten Lesung wurde behauptet, daß ein Staatenloser in Nordschleswig ausgewiesen wurde, weil er wegen Diebstahls und Widerstands gegen die Staatsgewalt bestraft sei; das ersiere sei ein Apfeldieb gewesen, den der Betreffende als Kind begangen und den das Gericht durch einen Verweis gesühnt habe, das Letztere sei ein harmloser Streit mit einem Nachbarn gewesen. Die angestellten Ermittlungen haben ergeben, daß es sich bei dem Diebstahl um einen Einbruchsdiebstahl handelte — es wurde aus einer verschlossenen Kommode ein gefülltes Portemonnaie entwendet —, und bei dem Widerstand gegen die Staatsgewalt handelte es sich um einen Konflikt mit einem Polizeibeamten, den der Betreffende am Rodämel sahnte und als Lumpen, Lauslerl, Schweinehund beschimpfte. — Der Gesekentwurf entspricht den Wünschen der Auslandsdeutschen nach Erleichterung des Verlustes ihrer Staatsangehörigkeit und nach Erleichterung ihrer Wiedererlangung. Trotz mancher an dem Entwurf der Verbündeten Regierungen vorgenommenen Aenderungen enthält er keine für die Verbündeten Regierungen unannehmbar Bestimmung. Wohl aber ist das mit den heute erneut eingereichten Anträgen der Sozialdemokratie der Fall, die darauf hinauslaufen, Ausländern die Einbürgerung zu erleichtern, ihnen sogar einen rechtlichen Anspruch darauf zu geben. Dem können wir nicht zustimmen. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. Wund (Sp.):

Unter dem Druck der Verhältnisse lehnen wir die sozialdemokratischen Anträge ab. Wir könnten es nicht verantworten, die wesentlichen Fortschritte des Gesetzes zum Scheitern zu bringen. Der § 7a hindert die Fortsetzung der bisherigen preußischen Praxis im ganzen Reich, das sichern uns die Zusagen der Regierung. Die Sozialdemokraten aber, wenn sie den § 7a ablehnen, treten für ungeschicktes Vorgehen ein! (Große Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Wir vertrauen darauf, daß die uns versprochene loyale Handhabung allen Beschwerden abhelfen wird.

Abg. Verstein (Soz.):

Wo ist denn die Gewähr für eine solche Praxis? Man hat zwar erklärt, daß die Konfession bei Einbürgerungen nicht maßgebend sein soll — aber das hat man ja auch schon bisher immer behauptet! Was beweist das also? Man wird die Anträge nicht wegen der Konfession, sondern eben ganz einfach ablehnen. Wir haben doch so viele schreiende Fälle erfahren! Sie geben den Abgeordneten nicht einmal ein Rechtsmittel gegen auf heimtückischen Denunziationen beruhenden Abweisungen und liefern sie den verborgenen Kräfte des Gesetzes aus. Herrn Delbrück erwidern wir, daß wir hier keineswegs alle früheren Anträge wiederholt haben. Wir bieten nicht die Hand zu diesem Gesetz, das nicht nur im Reich, sondern auch international von schädlicher Wirkung sein wird. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Landsberg (Soz.):

Kollege Wund verläßt sich auf die Zusagen der Regierung, daß das Gesetz in loyaler Weise angewendet werden solle. Was solche Zusagen praktisch bedeuten, hat die Erfahrung reichlich erwiesen. Wir verlangen Rechtsgarantien, und da sagt Herr Wund, wir paktieren die preußische Regierung zu ihrem Vorgehen auf. Ich kann ihm nur erwidern: Mein teurer Freund, ich rat dir drum, zuerst Collegium logicum! (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Wund (Sp.):

Der Einspruch eines Bundesstaats gegen eine Einbürgerung muß doch nach § 7a auf Tatsachen gestützt sein!

Abg. David (Soz.):

Wie wollen Sie die Verhandlungen des Bundesstaats kontrollieren?

Die Generaldiskussion schießt.

In der Spezialdebatte betont

Abg. Dr. Quark (Soz.):

daß der Antrag, die Staatsangehörigkeit durch den Wohnsitz resp. Unterfahungswohnsitz zu begründen, gewissermaßen ein Reichsindigenat schaffen wolle. Es liegt dies vor allem im Interesse der Arbeiter, die durch ihre soziale Lage im Reich hin- und hergeworfen werden und politisch rechtlos werden, wenn sie die Staatsangehörigkeit nicht erwerben. Aber diese Rechtslosmachung der Arbeiter ist gerade das, was den bürgerlichen Parteien am Herzen liegt. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Der sozialdemokratische Antrag wird abgelehnt.

Abg. Verstein (Soz.):

begründet den Antrag, monach Staatenlose, die von einer deutschen Mutter stammen und in Deutschland groß geworden sind, das Recht auf Einbürgerung haben müssen. Wenn die Regierung schon das ins solli (Recht auf Grund des Geburtsortes) nicht anerkennen wolle, so müsse sie um so mehr das ins sanguinis (Recht auf Grund des Blutes der Abstammung) gelten lassen. Sie können gegen unsere Anträge stichhaltige Argumente nicht vorbringen. Wir haben keine Mittel, Sie zu zwingen, diesen unseren Anträgen zuzustimmen. Wenn Sie sie ablehnen, bleibt uns nur übrig, ihnen die Verantwortung für die Vorlage zu überlassen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Hansen (Däne):

Der sogenannte Einbruchsdiebstahl, den der Staatssekretär erwähnte, liegt 15 Jahre zurück. Demals war der Betreffende Dienstjunge und hat auch nur einen Verweis dafür bekommen. Schwerer dürfte wiegen, daß er im letzten Jahre vom Deutschen Gastwirtsverband ein Diplom für fünfjährige treu geleistete Dienste erhalten hat. Er ist auch nicht etwa wegen der Straftaten ausgewiesen, sondern weil er geheiratet hat, um sein Kind zu legitimieren. (Hört! hört!) Den Staatssekretär möchte ich fragen, warum die Verhandlungen mit Dänemark zur Beseitigung der Staatenlosenfrage noch immer zu keinem Ergebnis geführt haben.

Staatssekretär Dr. Delbrück:

Die Schwierigkeiten liegen hier in der dänischen Gesetzgebung, und daß die dänische Regierung in dieser Beziehung nicht nachgeben wird, solange ihre Interessen hier durch Herrn Hanßen so wirksam vertreten werden, liegt auf der Hand.

Der Antrag Albrecht (Soz.) wird abgelehnt.

Abg. Quard (Soz.)

Begründet den Antrag Albrecht auf Streichung der Bestimmung, daß eine Einbürgerung in einen Bundesstaat nur möglich ist, wenn kein anderer Bundesstaat Widerspruch erhebt. Bisher war es möglich, daß jemand, dem in Preußen die Einbürgerung verweigert wurde, sich in dem liberaleren Süddeutschland zur Einbürgerung mit Erfolg bewarb. Dieses kleine Stückchen liberaler Einbürgerung soll jetzt auch noch vernichtet werden, die Praxis Preußens soll auf das ganze Reich ausgedehnt werden, deutlich zeigt sich, daß Preußen der böse Geist des Deutschen Reichs ist. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Vizepräsident Dose erklärt diesen Ausdruck für unzulässig.

Abg. Waldstein (Vpt.)

betont, daß die Kommission das Einspruchsrecht der Bundesstaaten wesentlich gegenüber der Regierungsvorlage eingeengt habe. Wir erwarten von diesem Paragraphen gerade eine gewisse Vereinheitlichung des Einbürgerungsrechts.

Die Abstimmung bleibt zunächst zweifelhaft, da auch ein Teil der Freisinnigen und des Zentrums neben den Polen und Eisführern für den Antrag Albrecht stimmen.

Die Abstimmung durch Himmelsprung ergibt die Ablehnung des Antrages mit 184 gegen 121 Stimmen. — Für den Antrag stimmen u. a. Abg. Gröber (Zentr.) und der den Vorsitz führende Vizepräsident Dose. (Von den Sozialdemokraten fehlt eine Anzahl infolge des Begräbnisses Kadens.)

Abg. Gröber (Zentr.) begründet einen Antrag des Zentrums, wonach nicht nur die Anstellung im Kirchendienst, sondern auch die im Synagogendienst die Staatsangehörigkeit begründen soll.

Staatssekretär Delbrück wendet sich gegen den Antrag. Der Antrag wird gegen die Stimmen der Rechten angenommen.

Ein vom Abg. Verusstein (Soz.) begründeter Antrag, wonach eine Deutsche durch Eingehung einer Ehe mit einem Ausländer ihre Staatsangehörigkeit nicht verlieren soll, wird abgelehnt.

Der Rest des Gesetzes wird debattelos angenommen. Es soll am 1. Januar 1914 in Kraft treten. In der Gesamtabstimmung wird das Gesetz gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, Polen und Dänen angenommen.

Abg. Zimmermann (nall.) begründet eine Resolution auf Schaffung einer Auskunftsstelle für Einbürgerungsfragen im Auswärtigen Amt.

Die Resolution wird unter großer Heiterkeit einstimmig angenommen.

Es folgt die erste Beratung des Abkommens zur Vereinheitlichung des Wechselrechts vom 23. Juli 1912 nebst der zugehörigen einheitlichen Wechselordnung.

Staatssekretär des Auswärtigen Amtes v. Jagow

legt dar, daß das Abkommen einem Wünsche des Reichstages und jahrelangen Bestrebungen der Handelswelt entspreche. Es seien 26 Staaten daran beteiligt. Bedauerlich sei, daß England und Nordamerika sich nicht anschließen hätten. Dies neue Rechtsband, das um die beteiligten Völker geschlossen wird, wird zur gegenseitigen Verständigung und Annäherung der Staaten beitragen. (Bravo!)

Staatssekretär des Reichsjustizamts Dr. Lisca beleuchtet die juristische Tragweite des Abkommens.

Abg. Dr. Landsberg (Soz.):

Bie wie jede Annäherung der Nationen begrüßen, so auch diese Vorlage. Jede solche Annäherung muß eine Steigerung der Kultur zur Folge haben und muß den Völkern zeigen, daß eine solche Steigerung der Kultur nur auf dem Wege der Verständigung erreicht werden kann und nicht auf dem Wege der Kämpfe. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Früher galt der Gedanke eines internationalen Wechselrechts als vollkommen utopisch. Wir hoffen, daß dies Abkommen der Vorläufer vieler anderer sein wird, die auch auf anderen Gebieten zu einem einheitlichen internationalen Recht führen werden. (Bravo!) In nicht zu ferner Zeit wird auch das Handelsrecht vereinheitlicht werden, wir begrüßen diese Entwicklung, stimmen der Vorlage zu und verzichten auf Kommissionsberatung. Erfreulich ist, daß die Wahrnehmung von Wechselrechten nicht mehr von der Beobachtung der einzelstaatlichen Stempelvorschriften abhängig sein wird. Auch andere Verbesserungen sind zu konstatieren. (Der Redner zählt die Bestimmungen von nur sachlichem Interesse auf.) Wir bedauern aber, daß der Reichstag von der Mitarbeit von diesem Abkommen ausgeschlossen wurde; zwischen den zwei internationalen Konferenzen hätten die Abgeordneten sehr wohl zu dem Sorentinensischen Stellung nehmen können. Wir werden an der Haager Wechselordnung jetzt nichts mehr ändern können. Der Beitritt Englands und Nordamerikas ist um so verwunderlicher, als das Abkommen gerade dem englischen Wechselrecht sehr weit entgegenkommt. Ich hoffe, daß unsere Betreuer jenseits des Kanals doch auch die Wichtigkeit eines einheitlichen Weltwechselrechts für den englischen Kaufmann erkennen werden. Einheitliches Recht würde trotz des einheitlichen Gesetzes erst durch einen internationalen höchsten Gerichtshof gesichert werden, denn das einheitliche Gesetz kann von verschiedenen Gerichten verschieden ausgelegt werden. (Zustimmung bei verschiedenen Parteien.)

Abg. Welzer (Z.)

nimmt dem Abkommen zu und wünscht ebenfalls, daß in Zukunft solche Entwürfe vorher dem Reichstag vorgelegt werden. Die Ordnung des Abkommens wäre die Schaffung eines internationalen Gerichtshofes zur Entscheidung von Streitigkeiten aus der Wechselordnung.

Abg. Dr. Jund (nall.):

Eine gewisse Freiheit der Entschlebung behält der Reichstag infolge, als ihm die durch das Abkommen notwendig werdende Novelle zur Wechselordnung vorgelegt werden soll, bevor das Abkommen ratifiziert wird. — Daß man auf der einen Seite sich in Klagen geradezu überbietet und auf der anderen Seite solche Abkommen abschließt, halte ich von meinem Standpunkt aus nicht für unlogisch. Eine gemeinsame Gerichtsbarkeit für das gemeinsame Wechselrecht ist allerdings eine dringende Forderung.

Abg. Dr. Giese (L.):

Auch meine Freunde stimmen dem Abkommen zu. Unser altes gutes Wechselrecht ist dabei im großen und ganzen beibehalten. Auch dem Gedanken eines Weltwechselrechts stehen wir sympathisch gegenüber.

Abg. Dove (Rp.):

begrüßt gleichfalls lebhaft die Vorlage. Wenn eine größere Mitwirkung des Reichstages gewünscht wird, so ist das allerdings die Mehrzahl solcher internationalen Abmachungen, daß die Einzelparlamente ausgeschaltet werden. Wir müssen dann eben rein konstitutionelle Aufstände antreiben, damit am Bundesratsstisch eben nur Herren sitzen, mit denen wir einverstanden sind. (Heiterkeit und sehr gut! links.) Die Ueberraschung solcher konstitutionellen Weiden hat ja dazu geführt, daß die Vereinigten Staaten die Beteiligung abgelehnt haben, weil sie in dieser Art internationaler Vereinbarungen einen Eingriff in ihre Souveränität sehen.

Abg. Warmuth (Rp.) stimmt dem Abkommen zu.

Ministerialdirektor Dr. Kriege sagt zu, daß der Reichstag von internationalen Abmachungen schon vor ihrer Festlegung in Kenntnis gesetzt werden soll.

Das Abkommen wird genehmigt.

Der Gesetzentwurf betreffend

Entschädigung der Schöpfer und Geschworenen

wird in dritter Beratung debattelos angenommen.

Der einmalige außerordentliche Wehrbeitrag.

Reichsfinanzsekretär Kühn:

Während die Vorlage der Regierung im wesentlichen das Vermögen zur Deckung der Wehrvorlage heranziehen wollte, hat die Kommission statt dessen eine Art Einkommensteuer vorgezogen. Die in der Presse hiergegen erhobene maßlose Kritik macht sich die Regierung nicht zu eigen, ein Eingriff in das Privateigentum ist bei jeder Steuererhebung notwendig. Vor allem muß ich nachdrücklich betonen, daß eine so außerordentliche Maßnahme, wie die Einführung eines Wehrbeitrages, sich nicht wiederholen darf. (Bravo! rechts, Lachen bei den Sozialdemokraten.) Diese öffentliche Erklärung sind die verbündeten Regierungen nicht nur sich selbst schuldig, sondern auch den Steuerzahlern, in deren Kreisen sonst eine große Unruhe entstehen würde. Deshalb ist es auch zu begrüßen, daß, falls die notwendige Mittel durch den Ertrag des Wehrbeitrages überschritten wird, nach dem Kommissionsantrage der Wehrbeitrag zur Stärkung des letzten Drittels des Wehrbeitrages bereit zu stellen ist und daß Mindereinnahmen nicht etwa durch Zuschläge zu dem Wehrbeitrag gedeckt werden sollen. Ich verkenne nicht, daß der Nation ein gewaltiges Opfer zugemutet wird, aber sie wird es bringen, um sich den Frieden und seine Segnungen zu erkauen. (Bravo! rechts.)

Abg. Dr. David (Soz.):

Der Staatssekretär hatte wohl vor allem das Bedürfnis, die Regierung selbst zu beruhigen, denn ihr scheint vor dem Gesetz, auf dessen Einbringung sie so stolz war, jetzt Bange zu sein. Wir hatten von vornherein keine Sympathie dafür, doch ist sie nach der Arbeit der Kommission etwas gewachsen. Die Mehrheit des Hauses ist fest entschlossen, wenn ungeheure Rüstungssteigerungen zu bewilligen, und wir haben kein Mittel, dies zu verhindern. So bleibt für uns die Aufgabe, wenigstens dahin zu wirken, daß die Deckungsvorlagen in einer Gestalt verabschiedet werden, daß sie die wirtschaftlich Schwächeren schonen und möglichst die ganze Last auf die wirtschaftlich Starken und Stärkeren geschoben wird. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die Regierung wollte die Vermögen von 10 000 M. an treffen, gleichzeitig, ob ein Einkommen dabei vorhanden ist oder nicht, also ganz kleine Geschäftsleute mit vielleicht 1000 oder 1200 M. Jahreseinkommen sollten herangezogen werden, dagegen sollten Leute mit einem Einkommen bis zu 50 000 M. freibleiben. Ferner wollte die Regierung von den kleinsten Vermögen denselben Prozentsatz, 1/2 Proz., erheben, wie von den größten. Das war keine allgemeine Vermögenssteuer, sondern eine, die vor allem den kleinen Mittelstand belasten würde. Die Kommission hat das befristet. Wir beantragten, die Vermögen bis zu 50 000 M. nur mit 1/10 Proz., bis zu 100 000 M. nur mit 1/20 Proz. zu belasten. Das ist wieder ein Beispiel dafür, wer für den Mittelstand eintritt. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Natürlich müßte man dann, wenn die Milliarde herauskommen soll, die großen Vermögen stärker treffen. Die Kommission hat das Gesetz auch zu einem Einkommensteuergesetz gemacht, in dem die Grenze für die heranzuziehenden Einkommen von 50 000 auf 5000 M. herabgesetzt ist. Allerdings sollen die kleineren Einkommen nur gering getroffen und die Steuer gestaffelt werden. So hat das Gesetz eine breitere Basis bekommen, gewissermaßen zwei Stufen, so daß es jetzt ein Vermögens- und ein Einkommensteuergesetz ist. So bescheiden die Staffelung ist, hat sie doch in den betroffenen Kreisen einen Sturm der Entrüstung ausgelöst. In allen Kreislagen über die Arbeiten der Kommission ist nur eine, die einen idealen Zug zeigt. Dr. Kuhlmann, Mitglied der elsass-lothringischen Kammer, hat im Berliner Tag" ausgeführt, der Gedanke des allgemeinen Opfers sei in der Fassung der Kommission nicht zum Ausdruck gekommen, es müßte in dem Gesetz stehen, daß die beschlossenen Beiträge Mindestbeiträge seien, daß aber jeder einen höheren Beitrag zahlen dürfe. Wir würden gegen einen solchen Antrag nichts haben, übrigens kann Herr Kuhlmann sich beruhigen, es ist ein allgemeines Staatsbürgerrecht, mehr zu zahlen, als was gefordert wird. Das ist der einzige Idealzug, der sich bemerkbar macht.

Die städtischen und ländlichen Agrarier betonten, weitere Opfer dürften nur auf dem Wege der indirekten Steuern aufgebracht werden. Der Schuterverband für die deutsche Industrie verlangte, daß die Einkommen von 900 M. aufwärts zum Wehrbeitrag herangezogen würden. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Daß ich der Geist, der in den Kreislagen lebt, die den Mund nicht genug aufreihen konnten, als es galt, Klagen zu bewilligen, die sie nicht bezahlen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Der Deutsche Handelsrat protestierte gegen die Staffelung, die doch der breiten Masse der kleineren und mittleren Kaufleute zugute kommt und nur die großen Krösche stärker trifft. Sehr charakteristisch ist die Eingabe der Handelskammer des niederheinisch-westfälischen Industriebezirks, also der Industriellen, die von allen Rüstungsvermehrungen den größten sekundären Vorteil haben. Sie sprechen von rücksichtslosen Eingriffen in das Vermögen eines Teiles der Bürger. Sie nennen die Kommissionsvorlage nichts mehr und nichts weniger als den ersten Schritt zur Konfiskation der großen und mittleren Vermögen. Wenn die Dinge so weiter gehen, muß die nächste Deckungsvorlage eine Monopolisierungsvorlage zur Ueberführung der Rüstungsindustrien auf das Reich sein. (Leb! sehr richtig! d. d. Soz.) Wenn Sie mit Ihren Klagen fortfahren, dann wird das Reich schließlich die Wehrwertindustrie an der Quelle fassen müssen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Sie sagen ja selbst, daß Sie mit den direkten Steuern nicht weiter gehen können, es wird also dazu kommen müssen, daß Sie die Rüstungsindustrie in den Besitz des Staates oder des Reiches überführen. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Der Ansturm der Interessenten hat leider Erfolg gehabt und das Gerüde von der Vermögenskonfiskation hat nicht wenige Herren dieses Hauses so weit eingeschüchtern, daß sie schleunigst daran gingen, die Beschlässe der ersten Lesung zu revidieren. Man hat gesagt, daß die Heranziehung des Vermögens mit einem Betrag von 20 bis 30 Prozent des Jahreseinkommens viel zu stark sei. An sich klingt ja diese Zahl sehr hoch, aber nach einer Denkschrift der Regierung über die Steuerverhältnisse im Deutschen Reich werden pro Kopf der deutschen Bevölkerung an Steuern und Verbrauchssteuern 25 Mark pro Jahr, somit von einer Familie von 4 Köpfen

100 bis 150 M. pro Jahr

aufgebracht, was bei dem Einkommen der proletarischen Familien eine Jahreseinkommensteuer von 10—15 Proz. bedeutet. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Da die Verteuerung der Lebensmittel im Inland infolge der Höhe aber ungefahr denselben Betrag ausmacht, sind die Armen und Ältesten mit der Bezahlung von 20—30 Proz. ihres Jahreseinkommens belastet. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Als diese Belastung geschaffen wurde, haben die großen und reichen Herren nicht über Konfiskation gesprochen, das tun sie nur, wenn sie selbst bezahlen sollen. Die Hergabe von 20—30 Proz. des Einkommens durch die Armen und Ältesten halten Sie für gerecht? Es ist aber doch eine ganz andere Frage, ob jemandes Einkommen ganz zur Beschaffung von Kleidung, Wohnung und Nahrung aufgebraucht wird, zur Aufrechterhaltung seiner Gesundheit völlig verbraucht, oder ob eine Steuer aus dem Vermögen von Millionen oder dem Einkommen

von Hunderttausenden gezahlt wird. Das ganze Gesetz über Konfiskation ist aber erst richtig zu verstehen, wenn man, wie das Gesetz tut, den Wehrbeitrag auf drei Jahre aufteilt und somit nur eine Steuer von 8 bis 10 Proz. pro Jahr übrig bleibt. Vom Standpunkt der steuerlichen Gerechtigkeit kann kein sozialempfindender Mensch angefaßt der ungeheuren Verteuerung der breiten Volksmassen gegen diese Staffelung etwas einwenden. (Sehr richtig! links.) Der Ansturm hat nun die Wehrheitsparteien ins Wanken gebracht, so daß sie die Ertragsleistungen der ersten Lesung zum Teil beseitigt haben. Wir werden Ihnen Gelegenheit geben, diese Ertragsleistungen wieder herzustellen und darüber hinaus weitere Verbesserungen vorzunehmen.

Der Wehrbeitrag ist für die reichen und reichsten Leute

ein sehr nützlicher Wehrbeitrag.

(Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Sie bekommen zum erstenmal zu spüren, was die Rüstungsstreiberereien bedeuten, und da bei diesen Leuten vielfach das Portemonnaie die empfindlichste Stelle ist, werden sie vielleicht ihren Patriotismus revidieren und mancher wird sich fragen, ob nicht der Frieden auf dem Wege besser gesichert wird, den die Sozialdemokratie weist. Der Wehrbeitrag ist aber auch ein Wehrbeitrag für die regierenden Fürsten, die sich „aus Opferstimm“ bereit erklärt haben, mitzusteuern. Die große Mehrheit der Kommission hat gewünscht, daß alle Reichsangehörigen, auch die Fürsten, aus steuerlicher Gerechtigkeit herangezogen werden müssen. Die Regierung aber hat erklärt, daß es der Ehre und der Stellung der Monarchen Abbruch tun würde, wenn sie auch wie gewöhnliche Steuerzahler zahlen müßten. (Lebhafte Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Ein preussischer Monarch hat gesagt, der König sei der erste Diener des Staates. (Zuruf der Sozialdemokraten: Das ist aber schon lange her! Heiterkeit links.) Man will doch immer die Tradition pflegen, mit welchem Recht wollen sich also die ersten Diener dieser Dienstleistung für den Staat entschuldigen, sie müßten doch den anderen Dienern mit gutem Beispiel vorangehen! (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Vor allem aber wird die Reichsregierung aus diesem Wehrbeitrag gelernt haben, daß der längst durchbrochene Grundgedanke, daß das Reich direkte Steuern nicht erheben dürfe, hinwegrückt ist. Wir haben ja immer gefordert direkte Reichseinkommens- und Vermögenssteuer und Zuschläge der Bundesstaaten hierzu nach ihrem Bedarf. Nur so werden einzelne kleinere Bundesstaaten aus ihrer Steuermühseligkeit und das Reich aus dem Steuertotstand herauskommen. Der Wehrbeitrag ist eine direkte Reichseinkommens- und Vermögenssteuer, zunächst für drei Jahre. Will der Staatssekretär demgegenüber nicht die lächerliche Behauptung, daß das Reich nicht die Bundesstaaten durch eine direkte Reichsteuer um ihre Einkünfte bringen wolle, preisgeben? (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Wenn wir unseren sozialdemokratischen Standpunkt, eine dauernde Reichseinkommens- und Einkommenssteuer einzuführen, realisieren wollen, dann hätten wir nach drei Jahren folgenden Antrag einzubringen: Der Wehrbeitrag wird weiter erhoben. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Man schwört aber der Staatssekretär Stein und Wein: Nein, nein, es soll nur einmal sein. (Große Heiterkeit.) Zunächst ist es bis nach drei Jahren schon dreimal. Aber dann soll es aufhören, dann soll es nie mehr geschehen. (Heiterkeit.) Ja, wenn der Staatssekretär eine Garantie in der Tasche hätte, daß dann keine neue Heeres- und Marinevorlage kommt! Aber dazu ist ja kein Schatzsekretär imlande gewesen, und wenn er sich einschieben ließ, sich gegen das Verlangen anderer Instanzen nach mehr Soldaten und mehr Schiffen anzustimmen, ist es ihm schlecht gegangen. Vestigia torquent. (Die Spuren schreden.) Herr Kühn weiß sehr wohl, daß das in seiner Macht nicht liegt, wenn Sie nicht, wie wir es verlangen, unsere ganze auswärtige Politik ändern und sich

auf den Boden einer vernünftigen Verständigung

stellen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) — Die Begründung der Regierungen gibt uns übrigens bereits eine prinzipielle Grundlage für das Verlangen, daß auch in Zukunft einmalige Ausgaben für Rüstungsvermehrungen nicht auf Anleihen zu übernehmen sind. Diese Begründung wird uns sehr wertvolle Dienste leisten. Sie sagt, „diese Mittel im Wege des Kredits, also des Schuldenschnittens, zu beschaffen, würde den anerkannten Grundgedanken unserer Finanzgebarung widersprechen“. Auf diese bessere Erkenntnis, die sich jetzt weitestgehend theoretisch durchgesetzt hat, werden wir uns in Zukunft stützen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Auch dieser Richtung ist der Wehrbeitrag ein Wehrbeitrag, hoffentlich für die Regierungen. Im übrigen werden alle Steuern immer nur einmal erhoben, immer wenn es notwendig ist. Die Gesetzgebung ist souverän, jedesmal wieder daselbe zu beschließen.

Die Vorlage hat ihr jetziges Gesicht wesentlich durch den Druck der 4 1/2 Millionen sozialdemokratischer Wähler und der 110 sozialdemokratischen Abgeordneten bekommen. Die sozialdemokratischen Wähler vom letzten Jahre können sich sagen, daß sie mit dieser Regelung einen ersten großen Erfolg ihres Willens zu verzeichnen haben. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Diese Regelung wäre nicht gekommen, wenn nicht die Angst vor dem weiteren Anwachsen dieser Bewegung die Regierung und die Mehrheit dieses Hauses getrieben hätte. Man hat versucht, die Sozialdemokratie bei der Regelung der ganzen Deckungsvorlagen auszuschalten. Konservativ und Zentrum haben sich in Schwärze ihres Angebots darum bemüht. Und da meinte man, wenn man hinter den Kulissen ohne uns verhandelte, hätte man uns ausgeschaltet. Aber Sie wußten wohl, daß vor den Kulissen 110 Sozialdemokraten stehen und der Geist dieser 110 war bei Ihnen tätig. Das hat die „Germania“ öffentlich zugegeben, daß sie leider nach der Zusammenfassung des Reichstages diesen Weg gehen mußten, da eine Mehrheit für eine Erbschafts- und Reichsvermögenssteuer vorhanden war. Bei der Wehrsteuer wird diese Frage ja noch generell zu behandeln sein. Hier will ich nur sagen, daß auch das mühsam zustande gebrachte Wehrsteuerverständnis die Höhe des Einkommens der 4 1/2 Millionen Wähler und 110 Sozialdemokraten trägt. Wenn es wirklich so naive Leute gibt, die glauben, bei dieser Gelegenheit die Sozialdemokratie auszuschalten zu haben, so trifft auf die das Wort Wehrstus zu: „Den Teufel führt das Bölkchen nie, und wenn er sie beim Kragen hätte.“ (Heiterkeit und lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Spahn (Z.):

Das Bestreben, das Gesetz sozial auszugestalten, nehme ich für alle Parteien in Anspruch. (Rufe: Na, na! bei den Sozialdemokraten.) Wenn die Vorlage ein schöneres Gesicht bekommen hat, so ist das das Hauptverdienst des Reichstages. (Gelächter links.)

Abg. v. Salem (Rp.):

Die Beschlässe der Kommission enthalten in der Tat eine Reihe Verbesserungen. Glücklicherweise ist es gelungen, eine Reihe ergiebiger Anträge der äußersten Linken zurückzuweisen. Wegen die Beschlässe der Kommission erster Lesung haben sich Korporationen ausgesprochen, die den Liberalen sehr nahe stehen, wie verschiedene Handelskammern, die Vertreter der Berliner Kaufmannschaft und der Hansabund. (Hört! hört! rechts.) Die Beschlässe wurden als Konfiskation der mittleren und großen Vermögen bezeichnet. Diese Unruheinführung des Großkapitals ist eine bedauerliche Erscheinung. Wir behalten uns die Stellungnahme zu Änderungsanträgen vor. Aufschärfte protestieren wir gegen die Absicht einer Wiederholung dieses Wehrbeitrages. (Gelächter links.) Das Deutsche Reich wird auch in Zukunft auf indirekte Steuern angewiesen sein. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Wir bewilligen den Wehrbeitrag im Interesse des Vaterlandes. (Bravo! rechts.)

Damit schließt die Debatte, § 1 des Wehrbeitrages wird unter großer Heiterkeit einstimmig angenommen. Nach § 5 Ziffer 4 werden vom Kapitalvermögen ausgenommen die aus den laufenden Jahreseinkünften vorhandenen Bestände, soweit sie zur Bestreitung der laufenden Ausgaben dienen.

Ein Kompromißantrag der Nationalliberalen, desentrums und der Volkspartei will auch Bank- oder sonstige Guthaben, soweit sie zur Verrückung der laufenden Ausgaben für drei Monate dienen, ausnehmen.

Ein weiterer solcher Kompromißantrag will noch nicht fällige Ansprüche auf Versicherungen zum Kapital gerechnet wissen.

Beide Anträge werden ohne Debatte angenommen.

Zum § 8 begründet

Abg. Dr. David (Soz.)

einen Antrag, der auch die Schmuckfächer im Werte von über 1000 Mark zum Vermögen rechnen will. Es ist nicht richtig, riesige Werte, die in Schmuckfächer angelegt sind, Werte, die in die Hunderttausende gehen, steuerfrei zu lassen. 1818 wurden Schmuckfächer auf dem Altar des Vaterlandes niedergelegt, da sollten sie heute wenigstens zu der Steuer in geringerer Maße beitragen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Der Antrag wird abgelehnt.

Abg. Wurm (Soz.)

Begründet zu § 11 einen Antrag, das in der Vorlage freigelassene Kirchenvermögen wenigstens soweit zu besteuern, als es in einzelnen Bundesstaaten bereits einer Besteuerung unterworfen ist. Die gewaltige Höhe des Kirchenvermögens ist bekannt, und es gibt Kreise, die der Kirche nahe stehen, die selbst in der Besteuerung des Kirchenvermögens nichts Unfassbares sehen. Freilich haben sich bisher die Staaten nur sehr zögernd und vorläufig an die Kirchenbesteuerung herangeht, etwa so, daß ein staatlicher Beitrag der Verwaltung des Kirchenvermögens beigegeben wird. Die Kirchen erhalten enorme Schenkungen — in Preußen waren es in wenigen Jahren 181 Millionen Mark, nur aus Schenkungen von bis 8000 M. und in Bayern gar 500 Millionen Mark! Seit 1910 wird in Bayern eine neue Aufstellung der Kirchenvermögen gemacht. Wie könnten sehr gut eine Darlegung der Regierung über die Höhe der Kirchengelder erhalten. Daß es der Kirche nicht schlecht geht, beweist der kolossale Ausbau ihrer Einrichtungen. (Anfolge andauernder großer Anruhe ist der Redner nur lächelnd verständig.) Bei der Reichsfinanzreform hat auch Kollege Dr. Jäger die Ansammlung der großen Kirchenvermögen für gemeinschaftlich erklärt. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Die Berliner Stadtsynode hat ebenfalls beschlossen, daß ihr Vermögen zu dieser Steuer herangezogen werde. Wir beantragen das nicht aus antisemitischen Tendenzen, so wenig, wie Sie die Besteuerung der großen Aktiengesellschaften aus antisemitischen Gründen verlangen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten), sondern wir fordern es im Interesse der Gerechtigkeit. Deshalb läßt unser Antrag auch alle diejenigen Vermögen der Kirche frei, die zu wohltätigen Zwecken verwendet werden. Am so weniger ist eine Ausnahmestellung des übrigen Teiles des Kirchenvermögens berechtigt. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Jund (natl.):

Der sozialdemokratische Antrag ist unannehmbar, weil man nicht einzelne Teile des Vermögens juristischer Personen je nach dem Verwendungszweck ausschneiden kann.

Der Antrag Albrecht wird gegen die Sozialdemokraten und die meisten Fortschrittler abgelehnt.

Abg. Dr. Südekum (Soz.)

Begründet einen Antrag, bei der Besteuerung der Aktiengesellschaften die Regierungsvorlage wiederherzustellen. Will man die Aktiengesellschaften überhaupt besteuern, dann sollten sie auch gleichmäßig besteuert werden, wie es nach der Regierungsvorlage der Fall ist. Daß die Aktiengesellschaften mit den in der Bilanz aufgeführten wirklichen Reserven herangezogen werden, wie die Kommission will, ist ungerecht; gerade die leistungsfähigsten Gesellschaften geben in der Bilanz ihren Beitrag nicht an, gerade sie machen erhebliche Abschreibungen für Maschinen, Landereien usw., während die minder leistungsfähigen das Bestreben haben, diese Werte möglichst hoch in die Bilanz zu bringen, um ihren Kredit zu stärken. Wohlfahrtsfonds hätten von dem steuerpflichtigen Vermögen abgezogen werden müssen. Wir wissen sehr wohl, daß auf das Konto „Wohlfahrt“ beispielsweise bei der Firma Krupp die in Eisen an Offiziere und Beamte gezahlten Beträge verbucht werden, auch die Ausgaben für die gelben Vereine werden auf dieses Konto verbucht. Aber um der Ungerechten willen wollen wir die Gerechten nicht leiden lassen; und da es auch wirkliche „Wohlfahrtskonten“ gibt, wollen wir diese freilassen. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Der sozialdemokratische Antrag wird abgelehnt.

§ 13 bestimmt, daß bei einem Einkommen bis 2000 M. 50 000 M. Vermögen vom Wehrbeitrag befreit sind und bei Einkommen von 2000—4000 M. 30 000 M. Vermögen.

Abg. Emmel (Soz.)

beantragt Wiederherstellung der Beschlüsse erster Lesung der Kommission, wonach bei bis 3000 M. Einkommen 50 000 M. Vermögen freibleiben und bei bis 5000 M. Einkommen 30 000 M. Vermögen. Man will hier die kleinen Einkommen mehr belasten, um die großen Einkommen entlasten zu können, weil man im § 31 bei den höheren Einkommen durch Herabsetzung der Staffel eine Lücke geschaffen hat. Diesen Fehlbetrag wollte man hier wieder einbringen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Graf Westarp (L.):

Das ist nicht richtig. Es ist im § 31 möglich gewesen, die Sätze etwas zu ermäßigen, weil die erste Rentabilitätsberechnung des Reichsfinanzamts sich als nicht ganz richtig herausstellte. Die Staffellanz bringt genau so 80 Millionen wie bisher.

Abg. Emmel (Soz.):

Zatlasche ist, daß die Kommission hier gegenüber der ersten Lesung eine wesentliche Verschlechterung für die kleinen Einkommen beschlossen hat. (Hört! hört! und Sehr richtig! bei den

Sozialdemokraten.) Weiter ist Zatlasche, daß die Staffellanz für die großen Einkommen in zweiter Lesung wesentlich ermäßigt sind. Die Schlüsse daraus ergeben sich ganz von selbst. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Graf Westarp (L.) hält seine Ausführungen aufrecht.

Abg. Wurm (Soz.):

Nach den Beschlüssen der Kommission erster Lesung unterliegen die hohen Einkommen einer weit höheren Steuer, z. B. über 500 000 M. 14 Proz., jetzt 8 Proz. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Man hatte aber mit Zug und Recht bei ganz großen Einkommen auch eine höhere Steuer angenommen. Wer eine Million hat, kann viel leichter 140 000 M. bezahlen, als ein Mann aus dem Mittelstande ein paar hundert Mark. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Reichsfinanzsekretär Kühn:

Nach den Beschlüssen der Kommission in erster Lesung ging die Steuer bei den großen Einkommen bis auf 14 Proz.; das erschien den Verbündeten Regierungen zu hoch. Die Kommission hat sich dann auf die Grenze von 8 Proz. geeinigt. Gering ist diese sicherlich auch nicht.

Abg. Gotthein (Rp.):

tritt für die Kommissionsbeschlüsse ein. Durch sie tritt eine Entlastung der mittleren Einkommen ein. Nach den Ausführungen des Abg. Wurm könnte man bei den großen Einkommen schließlich bis zu einer Steuer von 100 Proz. kommen, und an Anträgen, die dem nahe kommen, hat es in der Kommission auch nicht gefehlt.

Abg. Wurm (Soz.):

Anträge, die großen Einkommen bis zu 100 Proz. zu besteuern, haben wir vorläufig nicht gestellt. Auf dem Boden der gegenwärtigen Wirtschaftsordnung und in diesem Parlament ist das unmöglich. Wir betrachten es auch keineswegs als gleichgültige Sache, dem werdenden Kapital so große Summen zu entziehen, und zwar für unproduktive Zwecke. Festgestellt haben wir jedenfalls, daß Sie auch hier die Kleinen belasten und die Großen schonen. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Graf Westarp (L.):

Die großen Einkommen werden in Preußen bereits mit 15 Proz. besteuert; da erschien es uns zu hoch, hier auch noch eine Steuer von 15 Proz. festzusetzen.

Abg. Dr. David (Soz.):

Der Wehrsteuerbeitrag verteilt sich auf drei Jahre, deshalb tritt der Prozentbeitrag nur mit dem dritten Teil in die Erscheinung; das ist doch zu bedenken, wenn man ihn vergleichen will mit den Lasten, die sie den Wehrmännern jährlich auferlegt haben. Wir fordern auch hier wieder Herabsetzung der Steuer für die kleineren Vermögen, erheben also eine Mittelstandsforderung.

Der sozialdemokratische Antrag wird abgelehnt.

Hierauf vertagt sich das Haus. Persönlich bemerkt

Abg. Dr. Dertel (L.), er habe für den § 1 des Gesetzes gestimmt.

Abg. v. Bayer (Rp.) schlägt vor, die Wahlpflichtungen von der Tagesordnung morgen abzulegen.

Abg. Graf Westarp (L.) bekämpft diesen Antrag, der nach außen einen schlechten Eindruck machen müsse. (Lachen links.)

Der Antrag v. Bayer wird angenommen.

Nächste Sitzung: Donnerstag 11 Uhr (Fortsetzung der Beratung und Reichstagsbeschlüsse).

Schluss 1/8 Uhr.

Gerichts-Zeitung.

Eine Almosenempfängerin, die die Armenverwaltung hinterlistig geführt und außerdem sich als eifrige Warenhausdiebin betätigt hat, ist die Witwe Marie Jantowski, die gestern unter der Anklage des Betruges und des Diebstahls vor der 7. Strafkammer des Landgerichts I stand. Die Angeklagte bezieht von der Stadt Armenunterstützung. Beim Diebstahl in einem Warenhaus am Alexanderplatz wurde sie abgefaßt, als sie eben fünf Stück Seidenreste unter ihrem Mantel hatte verschwinden lassen. Bei der darauf in ihrer Wohnung in der Bendlerstraße vorgenommenen Hausdurchsuchung fanden sich in einem Korb eine Menge Gegenstände vor, die aus Warenhausdiebstählen herrührten. Als der Beamte an die Revision eines Spindels ging, bemerkte er, daß die Angeklagte ein Auseri in einen nassen Eimer fallen ließ. Er fischte es heraus und sah, daß die „verschämte Arme“ in diesem Trezor einen Tausendmarktschein und vier Hundertmarktscheine bewahrt. Da sie über den Erwerb dieses Geldes offenbar unzutreffende Angaben machte, wurde es im Interesse der Armenverwaltung vorläufig mit Beschlagnahme belegt. Die Angeklagte wurde in Haft genommen. Das Gericht verurteilte sie zu 1 1/2 Jahren Gefängnis unter Anrechnung von 2 Monaten Untersuchungshaft.

Kummer und Lebensüberdruß

haben die 50jährige Aufwärtlerin Mathilde Freyke aus Charlottenburg zu einer Tat getrieben, die sie gestern unter der Anklage des versuchten Mordes vor das Schwurgericht des Landgerichts III führte. Die Angeklagte hatte, als sie die Schule verlassen hatte, bis zu ihrem 19. Lebensjahre bei ihrer Mutter geschneidert, dann war sie als Dienstmädchen in der Provinz tätig gewesen. Im Jahre 1895 kam sie nach Berlin und verheiratete sich hier im Jahre 1899 mit einem Schmied. Aus dieser Ehe stammt ein jetzt 8 Jahre alter Sohn, den sie über alles liebt. Es gelang ihr, eine Portierstelle zu erhalten; der Mann verbrauchte seinen ganzen Verdienst und überließ es der Frau, für sich und ihr Kind zu sorgen. Schließlich trennte sich die Frau im Oktober 1912 von dem Manne. Da sie inzwischen die Portierstelle verloren hatte, begann für sie ein langer Dornenweg. Ihre Bemühungen, Arbeit zu finden, waren

längere Zeit vergeblich. Da sie kein Geld hatte, mußte sie Schulden machen und geriet in eine ganz verzweifelte Stimmung. Endlich erbarmten sich die Hausbesitzer Köhlerbeinchen Eheleute in der Fesenhelmer Straße ihrer, nahmen sie zur Hausreinigung und zu Aufwartediensten an und gewährten ihr unentgeltlich ein Stübchen und eine Küche, dazu monatlich 20 M. Frau K. sorgte auch dafür, daß sie Essen und Kaffee bekam. Ihr freudloser Lebensgang hatte die Angeklagte recht melancholisch gemacht, sie ging stets in trüben Gedanken umher und es schien, als ob ihr jeder Lebensmüß verloren gegangen wäre. Ihre Arbeiten verrichtete sie aber, ohne Anlaß zur Beschwerde zu geben. Am 3. Dezember war ihr Ehemann wegen eines Halsübels aus der Schule moggeblieben und lag zu Hause im Bett. In einem Augenblicke der Verzweiflung sah die Angeklagte den Entschluß, mit ihrem Sohne zusammen aus dem Leben zu scheiden. In der Dämmerstunde drehte sie die Gasähne in ihrer Wohnung auf, legte sich zu ihrem Sohne ins Bett, nahm diesen in den Arm und erwartete den Tod. Mittlerweile fiel es dem Hauswirt auf, daß die Angeklagte ihrer Pflicht, das Gas auf den Treppen anzustellen, nicht nachkam. Er begab sich daher nach ihrer Wohnung, und da strömte ihm intensiver Gasgeruch entgegen. Als die Wohnungstür geöffnet worden war, fand man den ganzen Raum mit Gas gefüllt und Mutter und Kind in bewußtlosem Zustande vor. Beide konnten jedoch bald ins Leben zurückgerufen werden. Nach dem Gutachten des Kreisärztes Dr. Kasten ist nicht anzunehmen, daß die Angeklagte unzurechnungsfähig im Sinne des § 51 St.-G.-B. gewesen ist, doch hat sie zweifellos die Tat unter besonders starkem psychischem Druck verübt. — Die Geschworenen verneinten die gestellten Schuldfragen. Hierauf erfolgte die Freisprechung der Angeklagten.

Ein garstig, ein politisch Lied.

Gegen die Vorstandsmitglieder des Arbeitergesangsvereins „Einigkeit“ in Reinickendorf wurde vor einigen Monaten eine Anklage auf Grund des Reichsvereinsgesetzes erhoben, weil er angeblich politisch sei und die den politischen Vereinen nach dem Reichsvereinsgesetz obliegenden Pflichten nicht erfülle. In erster Instanz erfolgte tatsächlich auch eine Verurteilung. Auf die Berufung der durch Rechtsanwalt Heinemann vertretenen Angeklagten stand jetzt vor der Strafkammer des Landgerichts III Berlin Termin. Derselbe endete mit der Aufhebung des verurteilenden Erkenntnisses erster Instanz und der Freisprechung der Angeklagten.

Eine agrarische Buttermantscherei.

Der Direktor der Liegnitzer Rollerei-Genossenschaft, Krohn, wurde vom Schöffengericht Liegnitz wegen Butterverfälschung zu 100 M. Geldstrafe verurteilt. Gegen dieses milde Urteil legte Krohn noch Berufung ein. Die Strafkammer Liegnitz erhöhte die Strafe auf 300 M., weil erst in dieser Verhandlung bekannt wurde, daß die Rollerei-Genossenschaft seit 12 Jahren sibirische Butter in großen Mengen bezog und diese, mit tieferer Butter vermischt, als gute Tafelbutter verkaufte. Große Mengen solcher Tafelbutter gingen auch nach Berlin. Die Liegnitzer Rollerei-Genossenschaft ist eine rein agrarische Gründung, in der auch jetzt noch Agrarier das Szepter führen.

Soziales.

Liliputausgabe der Versicherungsgesetze.

Aus dem Verlage von Liebmann sind die Liliputausgaben des Bürgerlichen Gesetzbuchs und des Handelsgesetzbuchs nebst Zivil- und Konkursordnung bekannt. Jetzt ist in demselben Verlag eine Liliputausgabe der Reichsversicherungsordnung und des Versicherungsgesetzes für Angestellte erschienen. Sie enthält in einem dauerhaften Leinwandband auf 619 Seiten einen guten Abdruck beider Gesetze und ein Sachregister. Das Format einer Taschenausgabe (7 zu 11 Zentimeter) und der kleine, aber scharfe Druck hat die Liliputausgaben zu beliebten Ausgaben für alle die gemacht, die den Gesetzestext häufig brauchen müssen. Dem großen Preis derer, die mit den Versicherungsgesetzen häufig beruflich zu tun haben, wird die geschmackvolle Ausgabe ein willkommenes Begleiter sein. Der großen Menge der Versicherungspflichtigen wird die Ausgabe keinen großen Nutzen bringen, weil der Gesetzestext außerordentlich schwerfällig und schwerverständlich ist und eine Ausgabe natürlich die Praxis und das Geer von Ausführungsbestimmungen nicht berücksichtigen kann. Der Preis des geschmackvoll ausgestatteten Buches beträgt 1,50 M.

Von der Reise zurück.

Dr. Badt

Neue Königl. 32.

Spezialarzt

f. Haut, Horn, Frauenleiden, nerv. Schwäche, Weintraube jeder Art, Ehrlich Gata-Kuren in u. Co. fons, Baharat. |

Dr. Homeyer

untersuchung. Haben i. Horn usw. gegenüber

Friedrichstr. 81, Panoptikum.

Spr. 10-2, 6-9, Sonnt. 11-2.

Honorar mäßig, auch Zellschl. Separates Damenstimmer.

Apfelsinensprudel

Geschlich gekühlt

alkoholfrei wohlbekommlich

a Glas 10 Pf. überall erhältlich.

Kleinige Fabrik. Berl. Sprudel-Gez., S. 14, Sebastianstr. 72.

Tel. Westpl. 11435.

Dr. Simmel

Spezial-Arzt

für Haut- und Harnleiden.

Prinzenstr. 41, Moritzplatz

10-2, 5-7, Sonntags 10-12.

Achtung!!

Carmen-Deckblatt,

sicher weiß brennend, hochfein

in Geschmack und Deckkraft,

pro Pfund verzollt M. 1,80.

Hamburger Rohthabak-Haus,

Filiale: Berlin N,

Brunnenstraße 26.

975/6

PUCK
die neue
Qualitäts 3 Cigarette
mit Goldmundst. mit Hohlmundst. flach

GEORG A. JASMATZI A.G. DRESDEN
GRÖSSTE DEUTSCHE
CIGARETTENFABRIK

Gewerkschaftliches.

Mißglückte Polizeiaktion gegen die Gewerkschaften.

Wie wir feinerzeit bereits berichtet hatten, wurde gegen sämtliche Gewerkschaften in Sagan auf Veranlassung des Regierungspräsidenten in Liegnitz eine große Polizeiaktion unternommen. Alle sollten als politische Vereine verpflichtet sein, ihre Statuten einzureichen und ihre Vorstandsmitglieder anzumelden. Als sie dies strikt ablehnten, wurden sie unter Anklage gestellt, jedoch vom Schöffengericht Sagan freigesprochen. Gegen dieses Urteil legte der Staatsanwalt Berufung ein. Der Regierungspräsident bemühte sich, alles nur Denkbare Material herbeizuschaffen. In seinem Schreiben an die Staatsanwaltschaft betonte er, daß er allen Wert auf die Aufrechterhaltung der Berufung lege. Das Gewerkschaftskartell in Sagan betätigte sich ganz zweifellos sozialdemokratisch. Es stehe nicht nur in örtlicher und persönlicher Beziehung mit der Sozialdemokratie in enger Verbindung. Die Delegierten der einzelnen Gewerkschaften seien sämtlich Anhänger der Sozialdemokratie und wurden in der „Sörliger Volkszeitung“ einfach als „Genossen“ bezeichnet. Auch werde von dem Kartell und der Partei dasselbe Lokal zu ihren Versammlungen benutzt. Das Kartell habe sich in seiner ganzen Tätigkeit als Gefolgschaft der sozialdemokratischen Partei gezeigt. Die Mai-Feier gehe vom Kartell aus; es bilde zusammen mit dem Wahlverein einen Bildungsausschuß usw. Es ist, so schließt das höchst interessante Schriftstück, eine Erscheinung, die im Bezirk an mehreren Orten hervortritt, daß die sozialdemokratischen Wahlvereine möglichst im Hintergrund bleiben und ihre Agitation in Versammlungen, Aufzügen und Festlichkeiten äußerlich durch die Gewerkschaftskartelle und Arbeitervergütungs-, Sportvereine u. dgl. betreiben. Durch diese angeblich unpolitischen Veranstaltungen werden dann Elemente, die sich von den politisch-sozialdemokratischen Parteibestrebungen fernhalten würden, „eingefangen“ und allmählich für die Ideen der Partei gewonnen. So dann heißt es wörtlich:

„Die Kenntlichmachung dieser Organisationen als politisch-sozialdemokratische ist daher für eine Bekämpfung der Sozialdemokratie über die Notwendigkeit der Beobachtung der Vorschriften des Reichsvereinsgesetzes hinaus für die Verwaltungsbehörden von Wichtigkeit.“

Daß unter denen, die die Ansicht des Regierungspräsidenten in Liegnitz unterstützten, auch der Berliner Polizeipräsident, Herr von Jagow, nicht fehlte und auch er sein Scherflein zur Politischerklärung der Gewerkschaften beitragen wollte, versteht sich von selbst. Er beschäftigte sich speziell mit dem Bauarbeiterverband und dem „Grundstein“, die er als politisch ansieht. Demgegenüber ist es höchst charakteristisch, daß selbst der Polizeipräsident in Hamburg, wofolbst der Bauarbeiterverband seinen Sitz hat, erklärte, daß die Polizeibehörde in Hamburg bisher keinen Grund zum Einschreiten auf Grund der Vorschriften des Reichsvereinsgesetzes gehabt habe.

Am 25. Juni wurde vor der Strafkammer in Sagan die Sache von neuem auf Grund der Berufung des Staatsanwalts verhandelt. Rechtsanwalt Heinemann, Berlin, vertrat die Verbände der Maler, Textilarbeiter, Steinleger, Goldarbeiter, Bauarbeiter, Maschinenisten und Heizer und der Zimmerer, Rechtsanwalt Herzfeld, Berlin, die Töpfer und Schuhmacher.

Es fand eine überaus umfangreiche Beweisaufnahme statt. Zunächst wurde der Polizeinspektor in Sagan vernommen. Er bekundet, daß er keinerlei Anhalt dafür habe, daß die Gewerkschaften in Sagan sich politisch betätigen. Er habe verschiedene öffentliche Versammlungen der Gewerkschaften überwacht, dort sei lediglich über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in Sagan gesprochen und hervorgehoben, daß Sagan in dieser Beziehung erheblich hinter anderen

Orten in Deutschland zurückliege. Daran sei stets die Mahnung, sich der Gewerkschaft anzuschließen, geknüpft worden. Wenn in seiner Gegenwart ein politisches Thema behandelt worden wäre, so würde er eingeschritten sein. Als früherer Amtsanwalt sei ihm, dem Zeugen, genau bekannt, was ein politisches Thema sei.

Dieselbe Aussage machte ein zweiter Polizeibeamter. Hierauf wurden der Vorsitzende der örtlichen politischen Organisation, der Arbeitersekretär und von jeder Gewerkschaft 2 bis 3 Mitglieder ganz eingehend vernommen, die die Staatsanwaltschaft ermittelt hatte.

Die Beweisaufnahme ergab mit solcher Wucht die Tatsache, daß die Gewerkschaften Sagens sich von jeder politischen Tätigkeit fernhalten, daß der Staatsanwalt am Schluß der Beweisaufnahme selbst erklärte, er könne nicht behaupten und beweisen, daß die Gewerkschaften sich politisch in irgend einer Beziehung betätigen. Er nehme daher gegenüber sämtlichen Angeklagten die Berufung zurück!

Berlin und Umgegend.

Achtung, Steinarbeiter! Bei der Firma Friesche (Kunststeinwerke) sind drei Kollegen wegen Verweigerung von Ueberstunden entlassen worden. Wir ermahnen, den Betrieb bis zur Erledigung dieser Angelegenheit streng zu meiden. Das Anfragen um Arbeit ist bis auf weiteres zu unterlassen.

Zentralverband der Steinarbeiter, Zahlstelle Berlin.

Deutsches Reich.

Die Arbeiterinnen und Arbeiter der Jichorien- und Kaffeesurrogatfabrik Gebr. J. G. Weiß in Frauendorf bei Stettin liehen seit 11 Wochen im Streik, um eine 5 bis 10prozentige Lohnerhöhung und eine geregelte Arbeitszeit zu erlangen. Die Firma weigert sich, die Löhne, die teilweise für erwachsene männliche Arbeiter pro Stunde 29 und 30 Pf., für Arbeiterinnen und jugendliche Arbeiter pro Tag 1,35 M. betragen, zu erhöhen. Die Firma lehnte bis jetzt jedes Zugeständnis ab. Daß nicht etwa irgendwelche Konkurrenzrücksichten die Firma leiten, diese minimalen Forderungen abzulehnen, beweist, daß sie den Arbeitswilligen, höchst unfauberen und zweifelhaften Personen, 3 bis 5 Pf. pro Stunde Lohn mehr zahlt, als die Streikenden fordern. Auch das traurige Vorwissen, daß der Arbeitswillige Brandenburg den streikenden Arbeiter kühl ohne jeden Grund niederstach, hat die Firma nicht von ihrem halsstarrigen Standpunkt abbringen können.

Die Behauptung der Firma, die Organisation wolle die Firma auf die Knie niederswingen, ist unsinnig. Der Gegenbeweis ist dadurch erbracht, daß die Verbandsleitung, schon ehe es zum Streik kam, darauf verzichtete, bei den Verhandlungen mit zugegen zu sein. Und noch während des Streikes hatte die Firma ein neues Geleit, mit den Arbeitern zu verhandeln. Doch sie verlangte bedingungslose Aufnahme der Arbeit. Das mußten die Arbeiter ablehnen.

Das Gewerkschaftskartell Stettin und die gewerkschaftlichen Anstalten haben beschlossen, den Vorkauf über die Produkte der Firma zu verhängen. Vorkaufiert sind alle Pakete, Kaffeesurrogate und Jichorien, die die Firma J. G. Weiß tragen, ganz gleich, welche Farbe die Verpackung trägt. Hauptlager hat die Firma in Bromberg, Danzig, Tilsit, Königsberg i. Ostpr. und Guben in der Provinz Brandenburg. Außerdem liefert die Firma an eine Anzahl Großgeschäfte in Berlin, in Plessburg, Kiel, Gnesen usw. Ferner werden bestimmte Marken von einzelnen Firmen vertrieben und diese von der Firma Weiß hergestellten Marken, die in allen größeren Städten und Orten der Provinzen Pommern, Westpreußen, Ostpreußen, Posen, Schlesien, Brandenburg und Schleswig-Holstein Absatz finden, sind natürlich in den Vorkauf einbezogen. Es handelt sich um folgende Marken: Kalobion-Kaffee, Sparkaffee, Sparkaffee in blauer Verpackung, Sparkaffee in grüner Verpackung, „Vorpommern“ in blauer Verpackung und Kaffeesurrogate und Jichorien in grüner, roter und gelber Verpackung. Viele Geschäfte betreiben außerdem die Weißschen Produkte, die die Firma J. G. Weiß tragen und daher ohne weiteres erkennlich sind.

Die Lohnbewegung der Brauereiarbeiter in Stolp i. P. hat mit einem Erfolg für die Brauereiarbeiter geadet, nachdem die Brauereien wesentliche Zugeständnisse machten. Hätten die Mitglieder des Gewerkschafts (G. D.) die Beschlüsse der Versammlungen hochgehalten, an welchen sie sich lebhaft beteiligten, so

wäre nicht nur mehr erreicht worden, sondern auch ein Tarifvertrag zustande gekommen.

Ein Erzbischof für die Gelben.

Der Erzbischof von München hat vor einigen Monaten den christlichen Gewerkschaften seine Sympathien bekundet, er empfahl sogar katholischen Arbeitern, diesen beizutreten. Daß der Herr Erzbischof auch anders kann, daß ihm noch weitere Gewerkschaftsgebilde ans Herz gewachsen sind, davon legt folgender Vorfall Zeugnis ab.

In Hausham (Oberbayern) beging die christlich organisierten Bergarbeiter bei dem Ende 1910 ausgebrochenen Streik auf der Grube Hausham Streikbruch. Der christliche Sekretär stellte sich der Streikverwaltung zur Verfügung, ging auf der Suche ein und aus und suchte mit Hilfe des Direktors und Nebenbeamten dem Gewerksverein christlicher Bergarbeiter aus den Reihen der Streikbrecher Mitglieder zuzuführen. Die Verwaltung ließ sich den christlichen Streikbruch gerne gefallen und so lange der Streik andauerte, wurden auch Bergarbeiter auf der Suche veranlaßt, der christlichen Organisation beizutreten, in der Hoffnung, daß die christliche Zahlstelle sich zu einem gelben Werkverein entwickeln würde. Da sich die christliche Zahlstelle so nicht aufgeben konnte, wurde auf der Grube ein gelber Sonderverein gegründet, dem nun viele christliche Gewerkschafts- und katholische Arbeitervereinsmitglieder beitraten. Von 1400 Mann Belegschaft verblieben der christlichen Organisation kaum 30-40 Mann, ein großer Teil gehört dem freien Verbande an, eine Anzahl ist nun auch dem gelben Werkverein angegliedert. Zwischen den Gelben und Christlichen entbrannte ein heftiger Konkurrenzkampf, der besonders stark im katholischen Arbeiterverein in Hausham geführt wurde, weil beide, der christliche Verband und die Gelben, hier um Mitglieder warben. Die Gelben behielten die Ueberhand und so kam es, daß der Präses Korat Leb, der den Christlichen zugeneigt ist, sein Präsesamt niederlegte und seine Getreuen in einer Vereinsversammlung am 18. Mai aufforderte, aus dem Verein auszutreten und einen neuen katholischen Arbeiterverein zu gründen. Er benannte denn auch einige Christliche zu Vorstandsmitgliedern des neuen Vereins und verlangte dann vom alten Verein die Herausgabe der Kasse und des sämtlichen Inventars. Im Weigerungsfalle wollte er gerichtliche Vorgehen. Die Gelben wandten sich an den Erzbischof, legten ihm Ziele und Zwecke des Werkvereins dar und fragten Leb an. Der Oberhirt gestand, daß er über den Werkverein bisher falsch berichtet worden sei. Der Verein gefiel ihm so gut, daß er sofort den Korat nach München beorderte und ihm aufgab, Kasse, Kasse und Inventar dem aus Gelben bestehenden alten katholischen Arbeiterverein zu belassen. Und so ist es denn auch geblieben. Die christlichen Gewerkschaften dürften ob der Haltung des Erzbischofs nicht erfreut sein. Bisher glaubten sie, ihn für sich in Erbpacht nehmen zu können. Nun wirkt er für die Gelben! Jedenfalls, weil sie bezüglich der Streikbrechereien und der Anhimmlung der Unternehmer den Gewerkschaftschriften noch über sind.

Ausland.

Erfolge der Buchdrucker in der französischen Schweiz.

Zwei Genfer Zeitungsdruckereien haben nach zweijährigem Vorkauf der organisierten Arbeiterschaft nachgegeben und stellen nun wieder organisierte Buchdrucker ein. Ein sieg proletarischer Solidarität! — Der romanische Buchdruckerverein hat einen neuen Tarifvertrag mit 58stündiger Arbeitswoche errungen, die am 1. Januar 1913 weiter auf 52 Stunden reduziert wird. Alle Löhne wurden um 2 bis 3,50 Fr. pro Woche erhöht, das Wochenminimum mit 33 Fr. für Handsetzer und Buchdrucker, mit 47 Fr. für Maschinensetzer festgesetzt.

Witterungsübericht vom 25. Juni 1913.

Table with columns for Stations, Temperatur, Windrichtung, Windstärke, Wetter, and other weather-related data for various locations like Swinemünde, Hamburg, Berlin, Frankfurt, München, Wien, Japaranda, Petersburg, Sibirien, Aberdeen, Paris.

Weiterprognose für Donnerstag, den 26. Juni 1913.

Ziemlich kühl bei mäßigen nördlichen Winden und veränderlicher Bewölkung ohne erhebliche Niederschläge.

Berliner Wetterbureau.

Kleines feuilleton.

Die Sensationen der Films. Man wandelt nicht ungestraft unter Palmen. Der Umstand, daß Kopenhagen ein Hauptsitz der Filmindustrie geworden ist, macht sich in allerhand geschmackvollen Vorgängen bemerkbar.

Ein dänischer Schauspieler vererbte beispielsweise seine Kunst, indem er von einer Eisenbahnbrücke auf einen Zug hinabsprang, der unter der Brücke hindurchrollte. Ein anderer imponierte den journalistischen Snobs, weil er ohne schützende Binden und Bandagen lebensgefährliche Abstürze auszufahren wagte.

Der Verlag Waldenbal schlachtet unter der bewährten Führung des Herrn Peter Ransen den nationalen literarischen Besitz in widerwärtiger Weise fürs Kino aus. Jetzt soll sogar ein alter Hof angehtet werden, damit die Feuersbrunst „gefilmt“ werden kann.

Es ist bringend zu hoffen, daß die dänische Filmindustrie auf dem betretene Wege richtig weiter schreiten wird. Ein brennendes Haus ist schließlich doch nur eine schale Sensation. Wenn aber ein Haus brennt, das eine architektonische Ehrwürdigkeit darstellt, kommt gleich ein ganz anderes Leben in die Massen.

Grand eines berühmten Hauses in Dänemark, das von allen Kunsthistorikern als ein nationales Kleinod bezeichnet wurde. Wenn das mit Nischenlettern in die Welt gefahren wird, fällt sich das Kino ganz von selber.

Und warum sollte es nicht geschehen? Genaß von wegen der künstlerischen Ehrwürdigkeit eines solchen Hauses?

Auch der Waldenbalsche Verlag war ehrwürdig und hat sich doch vom Filmkapital kaufen lassen.

Oder weil der gute Geschmack es verbietet? Wenn der gute Geschmack nicht einmal einen schwerverreichten Dichter wie Gerhart Hauptmann davon zurückhalten vermag, seine eigenen Romane ins Filmabwirdell zu verkaufen, tut man am besten, von dieser Seite keine Wunder zu erwarten.

Die Namen bei den Juden. Im Hamburger Lehrerverein Wendelslohn sprach, wie wir dem „Hamb. Korresp.“ entnehmen, Dr. Nathan über die Namen bei den Juden. Er sagte, sie seien Kulturdenkmäler, teils Merkmale für den Grad der Gottesverehrung im Volke, teils charakteristische Bezeichnungen für den Träger eines Namens, teils Gradmesser für die Duldung innerhalb der Wirtschaft oder für ihre Abgeschlossenheit im Ghetto, teils auch Embleme ihrer Berufsarten. Ihre Namen nahmen sie aus ihrer unmittelbaren Umgebung, und da sie als Romaden in enger Beziehung zu den Tieren standen, so waren Tiernamen sehr gebräuchlich. In diese Rubrik gehören die Namen Lea, Rachel, Ann, Raab, Jona usw. Bekanntlich bedeuten diese Namen in derselben Reihenfolge Widuh, Ritterschaf, Fisch, Hund, Taube. Auch Hippura = Vogel und Deborah = Biene sind bei dieser Gelegenheit zu nennen. Oft gab irgendeine Tätigkeit zu einem Namen

Anlaß, so daß eine Gruppe von Namen zusammengefaßt werden kann, die von Verben abgeleitet sind wie Isaac und Jakob. Der Fortschritt des Gottesglaubens dokumentiert sich in den Namen mit der Vor- oder Nachsilbe Jo, wie das Josua, Jonathan, Jochanan, Kathana el, Ketanjo beweisen. Die Rufnamen im Mittelalter sind rein biblisch, ein Zeichen für Abgeschlossenheit, wurden aber wieder deutsch, sobald die Juden in regere Beziehungen zu der Umwelt traten. Interessant ist es, daß man die rein deutschen weiblichen Rufnamen, wie Schöndchen, Gutchen, Gittel, Springchen für jüdische hielt und sie vielfach wiederum umbildete. Jüdische Familiennamen aber sind nicht, wie irrtümlich angenommen wird, durchweg kaum hundert Jahre alt, sondern manche lassen sich gar bis in das Jahr 1000 zurückführen. Dokumente, Grabsteine sind klare Zeugen dieser Tatsache. Gumprecht, Gumprecht, Horwitz, Lipschütz sind solche historische Namen. Gewissen Emblemen verdanken die Rothschilds, Schwarzschilde, Rann ihre Namen.

Das Recht auf Leben im Theater. Ein interessantes Urteil fällt dieser Tage ein Pariser Gerichtshof. Ein Herr Wagnart hatte gegen das Montmartre-Theater auf Rückzahlung von 40 Sous, die er für zwei „unverwendbare“ Eintrittskarten gezahlt hatte, geklagt und außerdem noch eine Entschädigung verlangt, weil er und seine Frau von den Plätzen, für welche die Eintrittskarten galten, so gut wie nichts hatten sehen können. Das Gericht erkannte nach dem Klageanspruch und billigte dem Kläger auch eine Entschädigung von 15 Franc zu; in den Urteilsgründen heißt es: „Durch die Aussagen der Parteien und durch eine Besichtigung des in Betracht kommenden Theaters wurde festgestellt, daß die Inhaber der beiden an der Theaterkasse verkauften Plätze sich ziemlich weit vorbeugen mußten, wenn sie von der Vorstellung etwas sehen wollten. Ein Theaterdirektor hat aber, wenn das Theater voll ist und nur noch ein paar schlechte Plätze zu haben sind, die Pflicht, Personen, die an die Kasse kommen, darauf aufmerksam zu machen, daß die betreffenden Plätze nicht gänzlich geeignet sind und daß er bereit sei, auf Wunsch das Geld zurückzugeben. In dem hier in Betracht kommenden Falle hatte der Direktor aber nicht einmal die Entschuldigung, daß der Saal voll gewesen sei und daß er nur noch diese Plätze übrig gehabt habe. Der diensttuende Schutzmann hat ausgesagt, daß zahlreiche Plätze unbefestigt waren. In Anbetracht aller dieser Umstände ist dem Klageantrage auf Rückzahlung des gezahlten Eintrittsgeldes stattzugeben und auch der Anspruch auf Schadenersatz als berechtigt anzuerkennen.“

Der staatlich geschützte Edelmarkter. Die preussische Staatsforstverwaltung hat jüngst Mahregeln zur Erhaltung unseres edelsten Raubtieres, des Edelmarkters, getroffen. Der Edelmarkter ist schon so selten geworden, daß er ohne Schutzmaßnahmen binnen kurzem aussterben würde, da sein Pelzwerk hoch bezahlt wird und außerdem Abichuprümmen ausgelegt waren. Der preussische Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten hat die königlichen Regierungen jetzt ermächtigt, den Forstbeamten das Fangen und Erlegen des

Edelmarkters in den Staatsforsten ihres Bezirkes für eine bestimmte Zeit zu untersagen, insofern dies zur Verhinderung des völligen Aussterbens des Tieres notwendig erscheint und sonst keine Aussicht im Wege stehen. Der Erlass weist darauf hin, daß der Edelmarkter sich durch die Verfolgung des Gichhörnchens nützlich macht und daß für seine Schonung größere Waldgebiete in Frage kommen, in denen die Interessen der niederen Jagd von geringerer Bedeutung sind. Freilich ist es wünschenswert, daß dieser Schutz des Edelmarkters auch auf Privat- und Gemeindeforsten ausgedehnt werde.

Humor und Satire.

Tägliche Rundschau.

Willst du einen Menschen hassen der nicht paßt in deinen Kram, laßst ihn aber gar nicht fassen, dann leg' ab die letzte Scham.

Kann der Hunger ihn nicht zähmen und verfaßt der Staatsanwalt, laßst du ihm die Ehr' nicht nehmen, kurz, hast Kerkerlei Gewalt, —

dann bleibt diese Hintertüre: Schreie nach dem Irrenarzt, daß er jenen interniere, weil du selbst Tollhändler warst.

Dich bringt niemand in die Zelle, atmest frei die deutsche Luft, denn du trauriger Geselle bist ja bloß ein ganz normaler Schuft.

Franz.

Notizen.

— Eine neue Oper Wolf-Ferraris. Ermanno Wolf-Ferrari hat soeben die Komposition seiner zweiatigen Musikkomödie nach Rollière, betitelt „Der Liebhaber als Arzt“, deren deutsche Uebersetzung von Dr. Richard Watta herrührt, vollendet. Die Uraufführung findet Ende Oktober am Dresdener Hoftheater statt. — „Rach unendlichen Ueberlegungen“ hat Gerhart Hauptmann, wie er dem Berliner Goethebund telegraphiert, von dem Gedanken abgesehen, in Berlin persönlich herzutreten. (Der Goethebund — er lebt also noch — hatte Hauptmann eingeladen, nach Berlin zu kommen und dort in einer ihm zuzugewandten Form, vorlesend oder erläuternd, sein Werk zu interpretieren.) — Ein Ergebnis der Scottischen Expedition. Die Terranova brachte, wie aus London gemeldet wird, eine große Kollektion von Fossilien vom Südpol mit. Im ganzen wurden 200 Kästen gelandet und in das Kensington-Museum gebracht. Man behauptet, daß es sich um eine Sammlung von größtem wissenschaftlichen Interesse handelt.

Aus der Frauenbewegung.

Die Frau in der Heimarbeit.

Die moderne kapitalistische Entwicklung der Wirtschaft drängt die Frauen in die Erwerbsarbeit. Nicht nur die unverheirateten, sondern auch in großem und sich unverhältnismäßig schnell steigendem Maße die Ehefrauen, die Mütter! Gegen die Erwerbsarbeit der unverheirateten und der verheirateten kinderlosen Frauen, wenn diese von der Arbeit im eigenen Haushalt befreit würden, wäre grundsätzlich nichts einzuwenden. Allerdings dürfte es keine gesundheitschädliche, den Nachwuchs gefährdende und nicht zu lange Tätigkeit sein, die gebührend bezahlt würde. Daß aber Mütter gezwungen sind, außer dem Hause einem Beruf nachzugehen, weil der Lohn des Mannes zur Erhaltung der Familie nicht ausreicht, daß Mütter gezwungen sind, ihre Kinder fremden Händen zu übergeben oder sie ohne jede Aufsicht allein im Hause zu lassen, um ein paar Pfennige zu verdienen, das ist eine empörende Tatsache. Der Staat will Kinder haben, aber er gibt den Proletarierfrauen nicht die Mittel und nicht die Möglichkeit, ihre Kinder ohne Sorgen aufzuziehen, sie gesund und kräftig zu machen. Der Geburtenrückgang in Deutschland wäre weniger bedeutungsvoll als er ist, wenn die vielen gesunden und kräftigen Kinder, die geboren werden, nur die nötige Sorgfalt in der Ernährung und Erziehung genießen könnten, an der es aber viele Eltern aus Geldmangel fehlen lassen müssen; wenn nur alle die unbehüteten Kinder, deren Väter und Mütter tagsüber in der Erwerbsarbeit frönen müssen, in ordentliche Aufsicht genommen würden.

Um ihre Lieblinge nicht allein zu lassen, ziehen es viele Mütter vor, statt in der Fabrik, im Bureau oder im Nähstahl, zu Hause zu arbeiten. Man sollte glauben, das wäre eine gute Lösung, um beiden Anforderungen zu genügen, die Kinder zu beaufsichtigen, zu erziehen und gleichzeitig durch die Heimarbeit ein paar Pfennige (es sind hier wirklich nur ein paar Pfennige) zu den Kosten des Lebensunterhalts beizutragen. — Aber dem ist nicht so. Wie eine Ironie des Schicksals mutet es an, daß das Bild der erwerbstätigen Frau und Mutter nirgends so schwarz, so trostlos schwarz aussieht wie in der Heimarbeit, gerade dort, wo man die naturgemäße Anpassung an die häusliche Tätigkeitsphäre der Frau erwarten sollte.

Die Frau hat fast an jeder Heimindustrie Anteil, entweder als selbständige Heimarbeiterin oder als Helferin bei der Heimarbeit des Mannes. In der Textilindustrie in Aachen verdient ein Heimarbeiter mit Hilfe seiner Frau gegen 40 M. im Monat. Ein Bild einer Aachener Heimarbeiterin gibt die folgende anschauliche Schilderung von Dr. Wilbrandt:

„Eine winzige Stube für 36 M. jährlich gemietet, darin zwei Betten, ein Weibstuh, ein zur Vereinerung des Wittagefens dienender Ofen, also Schlafzimmer, Wohnzimmer, Werkstatt, Küche zugleich, heiß und duntig vom Kochen. Am Weibstuh eine elend aussehende Weberin. Sie arbeitet leichten blauen Baumwollstoff das ganze Jahr hindurch; im selben Raum schuftet der Mann.“

Bekannt ist die Holz- und Spielwarenindustrie in Sonneberg in Thüringen. Ueber alle Maßen schlecht ist hier die Lage der Heimarbeiterinnen. Für unerhöht niedrige Löhne müssen sie arbeiten; das Preisdrücken von Seiten der Fabrikanten und Kaufleute hat hier beispiellose Formen angenommen. Die arme Heimarbeiterin schaut weder Gesetz noch Recht vor sprudellosester Ausbeutung. Für eine Elle Tresse zur Puppenfraktur erhält die Heimarbeiterin 3 Pf.; selbst die Geschickteste kann nicht mehr als höchstens 1/4 Ellen in der Stunde herstellen. Das wären 5 Pfennig als Stundenmaximallohn! Wie die Fabrikanten selbst angeben, verdient keine der Heimarbeiterinnen dort bei 12- bis 15stündiger Arbeitszeit täglich über 60 Pf. Eine Puppenfrakturmacherin erhält bei täglich durchschnittlich 17stündiger Arbeitszeit 6,50 M. in der Woche. Bei angestrengtester Arbeit und unerhöht langer Arbeitszeit verdient eine Puppenfrakturmacherin 80 Pf. im Tag. Die Holzschneiderinnen verdienen bei 15stündiger Arbeitszeit höchstens 14 M. in der Woche. In der ganzen Holz- und Spielwarenindustrie beträgt die Arbeitszeit im Durchschnitt 15 Stunden; über die Hälfte des Sonntags wird gearbeitet. Das gehört so zum System. Da ein Saisongewerbe anzunehmen ist, genießt es sogar den Schutz des § 105 der Gewerbeordnung. Von Ende November bis Ende März herrscht fast völlige Arbeitslosigkeit. Für diese verdienstlose Zeit muß noch „gepart“ werden; sparen bei den oben genannten Hungerlöhnen! Dafür darf dann aber in der Saison Tag für Tag 20 Stunden gearbeitet werden. Am Freitag ist Tag und Nacht durchzuarbeiten, um am Samstag fertig zu sein. In einer kleinen Mansarde wurde eine Greisin gefunden, die sich täglich um 3 Uhr nachts erhebt und bis 1 Uhr nachts, 22 Stunden, fortgesetzt mit ihren zitterigen Fingern, ihren gichtlich gekrümmten Händen arbeitet, um sich, ihre kranke Tochter und ein Enkelkind zu ernähren. Die Wohnungsverhältnisse bei den Heimarbeiterinnen sind entsetzlich, Stube und Kammer von Haus- und Handgerät vollgepfropft. In den wenigen Betten schlafen je 2, 3, ja 4 Personen zusammen. Von Reinlichkeit kann keine Rede sein, da man zum Scheuern, Kehren und Aufräumen der Wohnung einfach keine Zeit hat. Die Schlafkammer wird nie geäubert. Wie die Wohnung so ist die Nahrung schlecht und ungenügend; Brot, Kaffee und Kartoffeln in endloser Wiederholung. Natürlich ergeben sich als Folgen dieser Lebensführung Krankheiten und zahlreiche Todesfälle. Besonders Tuberkulose herrscht dort.

Aber nirgendwo trifft man größeres Elend an als bei den Heimarbeiterinnen der Wäsche- und Kleiderkonfektion. Hier erreichen die Schandlöhne ihren tiefsten Stand. Ein bedeutendes Münchener Konfektionsgeschäft zahlt für die Herstellung von einem Duzend Babyhemden 40 Pf., die Arbeitszeit dafür beträgt mindestens 1/4 Tage. Knabenhemden werden mit 80 Pf. pro Duzend bezahlt, Herrenunterhosen mit 1,20 M. pro Duzend. Der höchste Wochenlohn einer Münchener Heimarbeiterin in der Wäsche- und Kleiderkonfektion beträgt 4,10 M., wovon aber noch die Ausgaben für Futuraturen zu bestritten sind. Die Regel ist eine 14- bis 16stündige Arbeitszeit. Die elenden Löhne bedingen schlechteste Wohnungsverhältnisse und selbstverständlich erschreckend hohe Krankenziffern. Das Elend dieser großstädtischen Heimarbeiterinnen ist grenzenlos. Ja, es ist in der Regel so, daß der Arbeitgeber bei dem geringen Lohn, den er der Heimarbeiterin zahlt, mit dem Zuschuß aus der Prostitution zu rechnen scheint. Es ist ein trauriges Kapitel menschlicher Kultur — dieser Zusammenhang zwischen schlecht bezahlter Heimarbeit und Prostitution. Viele Ursachen treiben die unglücklichen Mädchen schließlich zu dieser Erwerbsquelle, Hungerlohn, traurige Wohnungsverhältnisse, mangelnde Erziehung, schlechte Beispiele usw. Es sind wohl

die Aermsten der Armen, die die soziale Organisation zur Prostitution zwingt, denen sie zu ihrem materiellen großen Elend noch das feilische Unglück bringt.

In welche Art der Heimarbeit wir auch blicken, überall das gleiche trübe Bild: niedrigster Lohn, übermäßig lange Arbeitszeit, schlechteste Wohnungsverhältnisse. In der Holzschneiderei in der Rhön erhält die Heimarbeiterin bei 15- bis 16stündiger Arbeitszeit durchschnittlich 1,20 M., in der Tabakindustrie bei 12- bis 13-, auch bis 15stündiger und regelmäßiger Sonntagsarbeit 0,80 bis 1,10 M. pro Tag. Gerade in der Tabakindustrie findet man erschreckende Bilder des Elends. So ermittelte ein Gewerbeinspektor in Baden folgendes:

„In einer Stube, die als Aufenthaltsraum für die ganze Familie diente und deren einziges Fenster auf einen vor dem Hause liegenden Dünghaufen ging, rippie eine Frau mit ihrem 13jährigen Sohn Tabak.“

Sein Tabaktrippen fihen in einem mit zwei Betten belegten Zimmer eine Werkmeisterwitwe, ihre beiden Kinder von vierzehn und neun Jahren und eine über 70 Jahre alte in Pflege genommene Frau oft bis 12 und 1 Uhr nachts; eines der Betten biente der neunjährigen Tochter und ihrer lungenleidenden Schwester von 12 Jahren, das andere der alten Frau, während die Mutter mit ihrem 14jährigen Sohn in einem dunklen, nur durch einen Vorhang von der Küche getrennten Raum in einem Bett schlafen.

Neben einer in einer kleinen Küche mit Tabaktrippen beschäftigten Frau liegt auf dem Küchentisch ein Kind von wenigen Monaten, während ein noch nicht ganz zweijähriges Kind auf den feuchten Rippen sitzt und spielt. Ein Pflegekind schläft in der kleinen Nebenlammer. Die Frau klagt über Krankheitserscheinungen bei ihren Kindern.“

Die Ausbeutung der Frauen in der Heimindustrie ist grenzenlos und unerträglich. Dringend nötig sind Gesetze zu ihrem Schutze. Die Frauenarbeit in der Heimindustrie bedarf vor allem des Arbeiterschutzgesetzes, besonders des Wöchentlicharbeitsgesetzes, dessen Fehlen heute zum unheilbaren Schaden für Mutter und Kind wird.

Auf diesem Gebiete haben bisher alle bürgerlichen Parteien verjagt. Sie alle fürchten mehr, dem Kapitalismus wehe zu tun, als das Gimmorden ungezählter Proletarierinnen. Die Vertwüstung der kommenden Generation zu verhindern, das geht zu sehr gegen kapitalistische Interessen. Darum wird weiter gemordet.

Das Problem der Sommerferien.

Anknüpfend an den Artikel der Genossin Sühmann vom 19. Juni, in dem sie sich warmherzig der Ferienfürsorge für die Proletarierjugend annahm und Vorschläge machte, denen jedenfalls ernsthaft näher zu treten ist, soll nachstehendes den Beweis bringen, daß auch unter den jetzigen Verhältnissen bei zielbewußtem ernstem Wollen etwas geschaffen werden kann, was zwar nicht eine ideale Lösung der Ferienfrage bringt, aber doch in die Herzen unserer schulpflichtigen Arbeiterjugend einen Begriff von Ferienzeit trägt, der sie feilsch und körperlich erfrischen läßt. Die organisierten Frauen Friedenau haben vor nummehr zwei Jahren zum erstenmal den Versuch gemacht, mit den Arbeiterkindern halbtägliche Ferienausflüge nach dem Grunewald zu veranstalten, um die Kinder der Bewegungsfreiheit begehrenden Strophen zu entziehen. Der Gedanke wurde von den Kindern mit Begeisterung begrüßt und die Beteiligung war eine über Erwarten rege. Die Beteiligung im vorigen Jahre zeigte, daß die Ausflüge von unseren Kleinen nicht vergessen waren; sie zeigten sich als eifrige Agitatoren, so daß die Zahl der Teilnehmenden um ein bedeutendes stieg. Bemerkenswert ist hier, daß wir nicht nur Kinder von Genossen, sondern ungeachtet der politischen Stellung der Eltern alle Kinder an den Ausflügen teilnehmen ließen. Da nun für jegliches Beginnen Geld in Frage kommt, so gaben die hiesigen Genossinnen Sammelkassen heraus, um den so nötigen Fonds zu schaffen. Selten ist es passiert, daß unser Werden für diesen Zweck vergebens war, selbst Angehörige aus uns fernstehenden Kreisen, oftmals wohl direkt Begner, sahen sich angefaßt dieser frohlich hinausziehenden und unter Gesang heimkehrenden Kinderschar veranlaßt, den Leiterinnen Beiträge zu übermitteln. So konnten wir denn oft über 100 teilnehmenden Kindern täglich Erfrischungen im Walde bieten. Den Schluß der Ausflüge bildete ein Abschiedsfest, das für die Kinder natürlich den Höhepunkt der ganzen Ferien darstellte.

Einen Teil des Fonds haben wir zur Anschaffung von Spielgeräten verwendet und als Höhepunkt der diesjährigen Veranstaltung gilt der Gedanke, die Kleinen hinauszuführen, um ihnen den immerhin ermüdenden Marsch in brennender Mittagsglut zu ersparen. Möge die Teletower Kreisbahn, an die sich die leitenden Genossinnen gewendet haben, mehr Verständnis zeigen für absolute Notwendigkeit, wie der Friedenauer Gemeindevorstand, der es Kindern entgehen läßt, daß die Eltern nicht in die reaktionäre Ordnungstrompete blasen.

Diese Ausführungen sollen den Zweck haben, den Gedanken in weitere Kreise zu tragen. In jedem Vorort Berlins oder in den einzelnen Kreisen wird es wohl Genossinnen geben, die sich mit Begeisterung der Aufgabe unterziehen würden, Leiterin einer solchen improvisierten Ferienkolonie zu sein. Der Erfolg unserer Bestrebungen ist ein Beweis, daß auch unter den gegebenen Verhältnissen etwas Erquickliches für die Arbeiterjugend geschaffen werden kann, daß es möglich ist, die Ferien zu dem zu machen, was sie sein sollen, eine Zeit der Erholung und Stärkung für Körper und Geist.

Emma Lölle-Friedenau.

Das gleiche Thema berührt die Zuschrift eines Genossen, der sich in Desterreich in der proletarischen Jugendpflege betätigt hat. Es heißt darin:

Vor 2 1/2 Jahren wurde in Wien die erste Ortsgruppe des „Arbeitervereins Kinderfreunde“ gegründet und heute bestehen in Wien allein zehn Ortsgruppen, weitere sind im Entstehen und auch in der Provinz breitet sich die Bewegung kräftig aus. Das Tätigkeitsgebiet dieser Vereine ist sehr umfangreich. Die Ortsgruppe Wien XVI. konnte z. B. schon nach dreivierteljähriger Tätigkeit berichten: Es haben 42 Ausflüge stattgefunden an denen sich 6111 Kinder (1807 Knaben und 1504 Mädchen beteiligten.) 28 Spieltage wurden auf dem von privater Seite überlassenen Spielplatz abgehalten, an denen 2484 Kinder teilnahmen. Das Arbeiter-Strandbad konnte, ungünstiger Witterung wegen, nur viermal besucht werden. 261 Kinder nahmen teil. Am Turnunterricht beteiligten sich an 61 Turntagen 3501 Kinder.

Der letzte Bericht enthält auch Mitteilungen über die Jugendbibliothek (Leser 700, entliehene Bücher 17 970), den Kinderchor, Handfertigkeitsunterricht, Vorträge und Besichtigungen. Das Tätigkeitsgebiet dieser Vereine reicht aber noch weiter. Ferienreisen bis zu 6 und 8 Tagen haben schon stattgefunden, ebenso Vortragsvorlesungen mit Lichtbildern und Jugendkonzerte. Spielnachmittage, Handfertigkeits- und Turnkurse werden auch im Winter aufrecht erhalten.

Inseratenteil verantw.: Th. Glöde, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts

halten. Nach Möglichkeit werden auch Eislaufplätze eingerichtet. Man geht von dem Gesichtspunkt aus, daß die Arbeiterwohnung auch im Winter in der Regel ein ungesunder Aufenthalt für die Jugend ist.

Aus der weiteren Absteckung des Tätigkeitsgebietes ist zu ersehen, daß nicht nur die körperliche, sondern auch die geistige Entwicklung der Kinder gefördert wird. Die Vereine übernehmen damit einen Teil der Erziehungsaufgaben der Eltern. Die „Kinderfreunde“ suchen auch durch Elternabende, durch die Zeitschrift „Der Kinderfreund“ und durch gelegentlich herausgegebene Schriften hervorragende Fachmänner unter der Arbeiterkategorie Kenntnisse über Pflege und Erziehung des Kindes zu verbreiten. In der ganzen Arbeit dieser Vereine wird darauf geachtet, daß die Grundzüge und Erfahrungen der modernen Pädagogik in ihre zu Geltung kommen.

Daß sich überall die Arbeiterkategorie ihrer Jugend annimmt, zeigt, daß wir vor einem Problem unserer Zeit stehen, dessen Lösung eine dringende Aufgabe ist. Auch die Begner geben uns Anlaß, uns diesen Fragen zuzuwenden. Der Arbeiter, der heute die Bestrebungen der Begner auf diesem Gebiete sieht, hat Grund genug, sich um die Erziehung seiner Kinder zu sorgen. Es unterliegt heute keinem Zweifel mehr, daß eine politische Vererbung der Jugend von Seiten der Staatsbehörden ausgeht, daß also für eine unpolitische und pädagogisch einwandfreie Erziehung der Jugend die Arbeiterkategorie selbst sorgen muß. Die Anregung der Genossin Sühmann wird darum sicher kräftigen Widerhall finden.

Ernst Frölich.

In Frankfurt a. M. haben Magistrat und Stadtverordnetenversammlung beschlossen, zur Ferienfürsorge der Kinder der Volksschulen 12 000 M. zu bewilligen. Kinder, die keine Gelegenheit haben, während der Ferien die Großstadt zu verlassen, und deren Eltern sie auch nicht ins Freie führen können, sollen unter Aufsicht von Lehrern und anderen Erwachsenen auf Spielplätze und in den Wald geführt werden. Es werden Ferienpaarergänge für halbe und ganze Tage eingerichtet. Die Kosten einschließlich der für einfache Verpflegung sollen durch die 12 000 M. gedeckt werden. Die Arbeiten werden von den Vereinen, die sich zur Mitarbeit gemeldet haben, ausgeführt. Auch die von der Partei und den Gewerkschaften ins Leben gerufene Kinderbeschützungscommission ist dabei. Zwei ihrer Mitglieder sind in die Aufsichtskommission für Ferienpaarergänge berufen worden. Unsere Kinderbeschützungscommission hatte schon in den früheren Jahren Ferienpaarergänge eingerichtet. Ihrer Tätigkeit und den Anträgen unserer Genossen im Stadtverordnetenkollegium ist die Uebernahme der Ferienpaarergänge auf die Stadt zu danken. — Neben dieser Form des Kinderschutzes ist auf Antrag unserer Genossen von der Stadtverordnetenversammlung und dem Magistrat außerdem eine Kommission eingesetzt, welche die Kinder in ihrer schulfreien Zeit überwachen und die gewerbliche Beschäftigung der Kinder kontrollieren soll.

Hebammenwesen.

Die Petition um Erlass eines deutschen Hebammengesetzes, dessen Dringlichkeit wir in Nr. 188 des „Vorwärts“ erörterten, beschäftigte kürzlich die Petitionskommission des Reichstages. Eine ähnliche Petition mit derselben Forderung hatte der Kommission bereits im März 1900 vorgelegen. Sie fand im Plenum keine Erledigung. Beantwortet wurde damals Ueberweisung der Petition als Material für den Reichslanzler. Sie fand auch diesmal kein besseres Los, obwohl die Vernachlässigung der Geburtshilfe durch die Gesetzgebung heute nicht minder himmelschreiend ist wie vor dreizehn Jahren.

Die in einer zweiten Petition von der Vereinigung deutscher Hebammen gewünschte Schaffung eines Zwangsversicherungsgesetzes zur Sicherstellung der Hebammen gegen alle Arten von Erwerbsunfähigkeit wurde gleichzeitig erörtert. Der Verband norddeutscher Frauenvereine hatte diese Forderungen zu den seinigen gemacht und ebenfalls eine Petition überreicht. Die Kommission hielt den Erlass eines Zwangsversicherungsgesetzes nicht für angezeigt, weil es eine völlig neue Base der Versicherungsgesetzgebung bedeuten würde. Der Hebammenberuf gehöre zu den freien Berufen, denen bisher nur die freiwilligen Versicherungen offen stehen. Das haben die Hebammen längst gewußt, und sie weisen in ihrer Petition darauf hin, daß die geringen Einkünfte aus ihrem Beruf ihnen nicht einmal die Aufbringung der verhältnismäßig kleinen Beiträge für die bestehenden Versicherungen gestatte. ... Die oft große Notlage der Hebammen einerseits, ihre Bedeutung als Organe des öffentlichen Gesundheitsdienstes andererseits wurden in der Kommission anerkannt. Daher entschied man sich, nicht Uebertragung zur Tagesordnung, sondern wie bei der ersten Petition Ueberweisung als Material für den Reichslanzler zu empfehlen. Angesichts der Abneigung der Herrschenden, die zu einer Gesundung der geburtsärztlichen Ordnung unumgänglich nötigen, freilich etwas kostspieligen Reformen vorzunehmen, ist es so gut wie sicher, daß das Plenum des Reichstages den Anträgen der Kommission entsprechen und den Petitionen der Hebammen ein Begräbnis zweiter Klasse bereiten wird.

Gesundheitspflege des Kindes.

Gegen den Anflug des Dhringstichens wendet sich Dr. A. Epölin in der „Zeitschrift für Kinderheilkunde“. Insbesondere lenkt der Verfasser die Aufmerksamkeit auf die vielfachen Schäden dieses Volksbrauchs. Eine Statistik ergibt, daß bei Kindern der wohlhabenden Gesellschaftsklassen nur 50 Proz. der Kinder die Ohren gestochen werden, während unter den 126 Ammen der Landesfindelanstalt in Prag 97 Proz. die Ohrschläpchen gestochen hatten. Darunter besanden sich aber nicht wenig, die von diesem Besty niemals Gebrauch gemacht hatten. Daher war man in der Lage, manche Folgezustände schlecht geheilter Stichöffnungen zu konstatieren. Zu den wichtigsten Komplikationen des Dhringstichens gehört die Tuberkulose. Man sollte darum endlich mit dem Anflug des Dhringstichens aufhören.

Das Beitnassen besprach Dr. Tromner im Kerglichen Verein in Hamburg auf Grund seiner Erfahrungen in 183 in den letzten zehn Jahren behandelten Fällen. Es waren fast sämtlich Kinder im Alter von 2 bis 15 Jahren, 48 Proz. Knaben und 57 Proz. Mädchen. 38 Proz. waren belastet durch früheres Beitnassen der Eltern, und zwar ging diese Belastung mehr vom Vater als der Mutter aus. 22 Proz. waren allgemein belastet. Ein Drittel war jedenfalls frei von erblicher Belastung, ein Beweis, daß Beitnassen nicht unter allen Umständen „Degenerationszeichen“ ist. Auffallend oft (in 40 Proz.) wurde sehr tiefer Schlaf gemeldet, so tief, daß die Kinder kaum zu wecken und dann noch lange schlaftrunken waren. 12 Proz. aber hatten leisen und 18 Proz. sogar unruhigen Schlaf. Sprechen im Schlaf und Schlafwandeln war häufiger als bei normalen, nämlich 19 resp. 7 Proz. Das beste Mittel gegen dieses Leiden ist nach den Ausführungen Dr. Tromners die hypnotische Suggestion, weil sie hemmend oder erregend auf die Schlafzustände selbst einwirken erlaubt. Ihre Anwendung bei Kindern ist für den geübten Arzt leicht und absolut bedenkenfrei. Der Vortragende konnte damit ein Drittel seiner Fälle heilen und ein Drittel mehr oder weniger erheblich bessern. Das andere Drittel wurde zum Teil nicht gebessert, zum Teil entzog es sich zu früh der weiteren Beobachtung.

Die Vereinigung für Frauenwohnungen teilt mit, daß in den beiden Geldstücken: Berlin SW., Grohbeckenstr. 63b I, Sprechstunden Montag und Donnerstag von 5-7 Uhr, und Charlottenburg, Pöhlitzstr. 100 I, Sprechstunden Mittwoch und Sonnabend von 1/2 5-1/2 Uhr abends und Dienstag von 5-7 Uhr. Kostenlose Auskunft über leere und möblierte Zimmer und Wohnungen erteilt wird.

Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.

Verantwortlicher Redakteur: Albert Wack, Berlin. Für den

Partei-Angelegenheiten.

Neukölln. Die ausstehenden Bücher der Wahlvereinsbibliothek sind der Inventur wegen bis zum 30. Juni zurückzubringen.

Südwalde. Morgen Freitag, abends 9 Uhr, Versammlung im Bahnhofrestaurant (Inhaber Friedrich). Tagesordnung: 1. Die nächsten Aufgaben eines sozialdemokratischen Wählers. Referent: Genosse Barth. 2. Diskussion. 3. Kommunale Angelegenheiten.

Berliner Nachrichten.

Die „Große Berliner“ gegen Unfallverletzte.

Im Betriebe der Großen Berliner Straßenbahn ereignen sich fast täglich Unfälle, die entweder durch Zusammenstöße oder dadurch herbeigeführt werden, daß Personen überfahren werden. Es ist nicht immer leicht, in solchen Fällen die Schuldfrage festzustellen.

Man sollte meinen, die Große Berliner Straßenbahn, die für den hier entstandenen Schaden ohne weiteres haftpflichtig ist, würde es für ihre Pflicht halten, bei derartigen Unfällen sich schnellstens über den entstandenen Schaden informieren und bereitwillig für die sachgemäße ärztliche Behandlung und Verpflegung der Verletzten Sorge zu tragen.

Wasu diese eigenartige Praxis führt, hat sich bei dem jüngsten Straßenbahnunfall in der Brunnenstraße gezeigt. Die Direktion der Berliner Straßenbahn veröffentlicht den Brief eines Winkeladvokaten an einen Verletzten, worin dieser keine Dienste anbietet und darauf hinweist, daß die Straßenbahn verpflichtet sei, jeden Schaden, wie solcher auch heißen mag sowie ein entsprechendes Schmerzensgeld von mindestens 1000 M. zu bezahlen.

Jedenfalls sieht fest, daß die Straßenbahndirektion ihre Verpflichtung zum Schadenersatz bei Unfällen nicht so auffaßt, wie man es im öffentlichen Interesse verlangen sollte.

Die gärtnerische Ausgestaltung des Alexanderplatzes.

Der Alexanderplatz, der durch den Bau der Untergrundbahn jahrelang verunziert worden ist, soll nun, nach Beendigung der Bauarbeiten wieder gärtnerisch verschönert werden.

Die Revision des Berliner Bebauungsplanes.

Der Berliner Bebauungsplan, der aus dem Jahre 1883 stammt, hat im Laufe der Jahre manche Änderungen erfahren müssen. So gute Seiten er auch hat, so entspricht er in mancher Hinsicht nicht den neuzeitlichen Bestrebungen eines modernen Städtebaues.

Die Kommission hat die Aufgabe, die bestehenden Baufluchtlinien einer Revision zu unterziehen, ferner zu prüfen, ob neue Baufluchtlinien bei übermäßig tiefen Bauflächen als notwendig sich erweisen, ob für besondere Wohnviertel Polizeiverordnungen anzuergreifen sind, die einen Ausschluß von Fabriken herbeiführen und weitweit der eigene Grundbesitz der Stadt nach neuzeitlichen Städtebaugrundsätzen zu erschließen ist.

Die Manipulationen des „Prediger“ Krampens vor dem Kaufmannsgericht.

Der zurzeit unauffindbare Gründer des Kinderheims „Bethesda“ macht auch dem Berliner Kaufmannsgericht momentan viel Arbeit. Dieser „Kinderseelsorger“ verstand es nämlich, wie sich jetzt ergibt, sich unter dem Vorwand der Nächstenliebe auf den verschiedensten Gebieten Einnahmequellen zu verschaffen.

- 1. den Kleinen das Elternhaus zu ersetzen und für sie wie Eltern einzutreten;
2. für ihre Erziehung und späteres Leben vollständig zu sorgen;
3. sie vor dem Weg der Schande und des Lasters zu bewahren;
4. sie vor Ausnutzung irgendwelcher Art zu bewahren.

Damit wir, heißt es dann am Schluß des Rundschreibens, die Mittel zum Unterhalt nicht zu betteln brauchen, haben wir eine Verbandsabteilung für Kaffee, Kakao und Tee geschaffen.

Auf diesen heuchlerischen Appell an die Mildtätigkeit sind leider sehr viele hineingefallen, denn einem Stadtreisenden, der ihm im Mai etwa ein Duzend Aufträge brachte, verweigerte er die Zahlung des Gehalts, mit der Motivierung, er wäre untätig gewesen.

Der Veltener Leichenfund.

Zu dem Leichenfund bei Veltens wird mitgeteilt, daß es bisher noch nicht gelungen ist, die Leiche zu rekonstruieren. Im Laufe des Dienstag meldeten sich Leute, die darauf hinwiesen, daß sie einen Knaben in dem angegebenen Alter vermissen.

Daß es sich um einen Knaben handelt, kann mit positiver Sicherheit nicht gesagt werden. Man schließt dies jedoch außer einigen Feststellungen im Knochenbau, die auf ein männliches Geschlecht hindeuten, hauptsächlich aus dem noch vorhandenen Teil des Schales.

Auf dem Potsdamer Bahnhof verstorben.

Als gestern morgen gegen 9 Uhr ein etwa 65-jähriger Herr an den Fahrkartenschalter des Potsdamer Fernbahnhofs trat, sank er plötzlich, ohne einen Laut von sich zu geben, zu Boden.

Ein Straßenbahnunfall ereignete sich am gestrigen Mittwochnachmittag vor dem Hause Kottbuser Damm 30.

Schienen kreuzen, wurde jedoch umgestoßen und schlug so heftig auf das Pflaster auf, daß er eine Gehirnerschütterung davon trug.

Von der Untergrundbahn überfahren.

Ein tödlicher Unfall ereignete sich am gestrigen Mittwochnachmittag im Betriebe der Untergrundbahn nahe der Station Spittelmarkt. Auf der Strecke zwischen Untergrundbahnhof Dönhofsplatz und Spittelmarkt hatte sich nach Angabe eines Streckenbeamten ein kleiner Defekt an der Anlage herausgestellt.

Ertrunken.

Bei einer Spazierfahrt mit einem Motorboot auf dem Tegeler See ist vorgestern nachmittag der 17-jährige Bureaugehilfe Harter, der bei den Rudel-Motorbooten angestellt war, ertrunken.

Explosion von Feuerwerkskörpern.

In dem Schreißmangengeschäft von Reich Boehnke in der Dresdener Str. 20 erfolgte gestern nachmittag eine heftige Explosion von Feuerwerkskörpern. Durch den Luftdruck wurde eine große Schaufensterhebe zertrümmert und eine Stichflamme setzte Tisch, Spielwaren und Kartons in Brand.

Feuer in der Industriestätte „Erdmannshof“.

In der dritten Morgenstunde wurde gestern die Feuerwehre nach der Industriestätte „Erdmannshof“ am Kottbuser Ufer 30/40 gerufen. Als der 8. Löschzug aus der Reichenberger Straße dort eintraf, stand im zweiten Stock des Fabrikgebäudes auf dem zweiten Hofe die Deutsche Rougat- und Marzipanmassenfabrik von Hagenborn u. Co. in hellen Flammen.

Vorort-Nachrichten.

Aus dem Neuköllner Krankenhaus.

Gegen die Stadt Neukölln hat ein Patient des Neuköllner Krankenhauses (zu Budow) einen Prozeß geführt, dessen Anlaß ebenso wie der schließliche Ausgang von Interesse für die Öffentlichkeit ist.

Es handelt sich um eine Schadenersatzklage eines Tischlerlehrlings Schmidt, der am 19. September 1911 mit Blinddarmentzündung aufgenommen worden war, am 18. November geheilt entlassen wurde, aber zwei Tage darauf mit Diphtherie in dasselbe Krankenhaus zurückkehren mußte.

Zu der Behauptung, die Diphtherie sei im Krankenhaus auf ihn übertragen worden, gab Kläger eine Schilderung der Zustände, die er dort beobachtet habe. Mit seiner Blinddarmentzündung hatte er vom 19. September ab zunächst auf Station 7 gelegen, am 8. November aber wurde er nach Station 14 b umgelegt.

Gegenüber diesen Behauptungen des Klägers bestritt der Magistral, daß von dem in beiden Stationen verkehrenden Personal,

